

Die Erforschung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ist in Bewegung geraten. Nicht so sehr Theorien und Interpretationen stehen dabei im Vordergrund als vielmehr Untersuchungen auf dichter empirischer Grundlage, die die bisherigen Kenntnisse über den »Holocaust« erheblich erweitern und in vielen Punkten revidieren. Dies gilt insbesondere für das konkrete Vorgehen der Deutschen in den einzelnen Regionen Mittel- und Osteuropas.

In diesem Band werden wichtige Ergebnisse solcher Forschungen vorgestellt. Die Autoren befassen sich mit der Entwicklung in Polen, der Sowjetunion, in Serbien und in Frankreich. Sie untersuchen vornehmlich die verschiedenen Antriebskräfte des deutschen Vorgehens in den einzelnen Besatzungsregionen. Dabei erweist sich die seit langem mit großem Aufwand geführte Diskussion, ob der Holocaust als »Vollzug einer Weltanschauung« zu verstehen sei oder als Prozeß der allmählichen Radikalisierung, als nurmehr wenig hilfreich. Es ergibt sich vielmehr ein Gesamtbild, in welchem situative Elemente und allmähliche Radikalisierungsprozesse vielfältig mit sich verändernden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zielsetzungen und ideologischen Überzeugungen verknüpft sind. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erweist sich dabei nicht als geheimes Geschehen, sondern als Teil der deutschen Eroberungs- und Besatzungspolitik in Europa.

Die Beiträge sind mit einer Ausnahme aus einer aufsehenerregenden Vortragsreihe am Historischen Seminar der Universität Freiburg im Wintersemester 1996/97 hervorgegangen.

Ulrich Herbert, geboren 1951, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945

Neue Forschungen
und Kontroversen

Mit Beiträgen von
Götz Aly, Christopher R. Browning,
Christoph Dieckmann, Christian Gerlach,
Ulrich Herbert, Walter Manoschek,
Dieter Pohl, Thomas Sandkühler
und Michael Zimmermann

Herausgegeben von
Ulrich Herbert

 Fischer
Taschenbuch
Verlag

Die Zeit des Nationalsozialismus
Eine Buchreihe
Herausgegeben von Walter H. Pehle

Inhalt

Vorwort 7

Ulrich Herbert
Vernichtungspolitik
Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des »Holocaust« 9

Götz Aly
»Judenumsiedlung«
Überlegungen zur politischen Vorgeschichte des Holocaust 67

Dieter Pohl
Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement 98

Thomas Sandkühler
Judenpolitik und Judenmord im Distrikt Galizien, 1941–1942 122

Christopher R. Browning
Die Debatte über die Täter des Holocaust 148

Ulrich Herbert
Die deutsche Militärverwaltung in Paris und die Deportation der französischen Juden 170

Walter Manoschek
Die Vernichtung der Juden in Serbien 209

Michael Zimmermann
Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage« 235

2. Auflage: November 1998

Originalausgabe
Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH
Frankfurt am Main, Mai 1998

© by Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1998
Alle Rechte vorbehalten
Redaktion: Dorothee Wahl
Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3-596-13772-1

Christian Gerlach	
Deutsche Wirtschaftsinteressen, Besatzungspolitik und der Mord an den Juden in Weißrußland, 1941–1943	263
Christoph Dieckmann	
Der Krieg und die Ermordung der litauischen Juden	292
Die Autoren	330

Vorwort

Das Historische Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat im Wintersemester 1996/97 eine Vorlesungsreihe über die Geschichte der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik veranstaltet, die auf ungewöhnliches Interesse sowohl bei den Studierenden als auch in der Öffentlichkeit gestoßen ist. Dabei ging es darum, die sehr eingefahrenen Strukturen der Holocaust-Forschung wie auch der öffentlichen Diskussion darüber zu verlassen. Denn jenseits der zunehmend aufgeregten, aber substanzlosen öffentlichen Auseinandersetzung sind in den vergangenen Jahren vorwiegend von jüngeren Historikern neue Untersuchungen auf dichter empirischer Basis erarbeitet worden, die unsere Kenntnisse erheblich erweitern und in vielen Punkten auch revidieren. »Revision« bedeutet hier aber nicht, daß, wie von Zeit zu Zeit verkündet, die Geschichte des NS-Regimes nun »neu geschrieben« werden müsse. Vielmehr können wir feststellen, daß wir von Teilen dieser Geschichte noch gar keine Kenntnis hatten. Dies gilt insbesondere für das konkrete Vorgehen der Deutschen in den einzelnen Regionen Mittel- und Osteuropas.

Die in diesem Buch veröffentlichten Texte befassen sich mit der Entwicklung in Polen, der Sowjetunion, in Serbien und in Frankreich. Dabei steht die Untersuchung der verschiedenen Antriebskräfte des deutschen Vorgehens in den einzelnen Besatzungsregionen im Vordergrund. Hierbei erweist sich die seit 20 Jahren mit großem Aufwand geführte Diskussion, ob der Holocaust als »Vollzug einer Weltanschauung« zu verstehen sei oder als Prozeß der »kumulativen Radikalisierung«, als wenig hilfreich. Vielmehr ergibt sich ein Gesamtbild, in welchem situative Elemente und allmähliche Radikalisierungsprozesse vielfältig mit wiederum variierenden Zielsetzungen und ideologischen Grundüberzeugungen verknüpft sind. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erweist sich dabei nicht als geheimes Geschehen, sondern als Teil der Eroberungs- und Besatzungspolitik in Europa.

Diese Ergebnisse vorzustellen und die verbleibenden und neu entstehenden offenen Fragen, Widersprüche und Unklarheiten zu diskutieren, ist das Ziel des hier vorgelegten Bandes. Die darin veröffentlichten Aufsätze sind mit einer Ausnahme aus der Freiburger Vortragsreihe hervorgegangen, jedoch in überarbeiteter und zum Teil stark erweiterter Form.

Der Herausgeber ist allen Autoren sehr zu Dank verpflichtet, daß sie sich bereit erklärt haben, ihre Manuskripte in der vergleichsweise kurzen zur Verfügung stehenden Zeit fertigzustellen. Gedankt sei zudem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Historischen Seminar der Universität Freiburg, die sowohl bei der Vortragsreihe als auch bei der Herstellung des Buchmanuskripts einen Hauptteil der Arbeit übernommen haben, insbesondere Christina Bolm und Imanuel Baumann, die die Endredaktion und die Übersetzung des Beitrags von Christopher Browning übernommen haben, sowie Christina von Hodenberg, Ralph-Bodo Klimmeck, Julia Landau, Stefanie Middendorf, Christa Nunier und Arne Riedlinger.

Ich danke zudem dem Rektor der Albert-Ludwigs-Universität, Herrn Professor Dr. Wolfgang Jäger, für die ideelle und materielle Unterstützung der Vortragsreihe.

Freiburg i. Br., im August 1997

Ulrich Herbert

Ulrich Herbert Vernichtungspolitik Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des »Holocaust«

Die öffentliche Diskussion um die nationalsozialistische Vernichtungspolitik hat sich durch die Debatte um das Buch von Daniel Goldhagen verändert. Wie immer in solchen Fällen ist diese Debatte nicht frei von schrillen Tönen und absurden Überzeichnungen.¹ Aber bei aller Kritik an dem Buch von Goldhagen ist es doch gewiß eine positive Entwicklung, wenn die Diskussion um Nationalsozialismus und »Holocaust« nun endlich wieder auf das eigentliche Geschehen, den Massenmord selbst konzentriert wird, auf die Motive der Täter, das Leiden der Opfer. Demgegenüber sind Fragen wie: ob der Judenmord als Phänomen der Moderne zu verstehen sei oder nicht, ob er eine Art putativer Notwehr gegen den vermuteten Mordwunsch der Bolschewiki am europäischen Bürgertum gewesen sei und anderes, das in den vergangenen Jahren die öffentliche Debatte bestimmt hat, in den Hintergrund getreten.²

Der wissenschaftlichen Kritik jedoch hat das Buch nicht standgehalten. Goldhagens Studie wurde bislang von allen Fachhistorikern, die sich dazu geäußert haben, in Israel und den USA ebenso wie in Deutschland oder in England, als wissenschaftlich unzureichend und simplifizierend kritisiert.³ Dabei wurde neben seiner wissenschaftlichen Standards nicht

¹ Daniel Jonah Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin ¹⁰1997.

² Michael Prinz, Rainer Zitelmann (Hg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt ⁷1994; kritisch: Norbert Frei: *Wie modern war der Nationalsozialismus?*, in: *GuG* 19 (1993), S. 367–387; Ernst Nolte: *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt a. M. / Berlin 1987; »Historikerstreit«, *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.

³ Vgl. u. a. Julius H. Schoeps: *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation der Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg ¹1996; Dieter Pohl: *Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen*, in: *VfZ* 1 (1997), S. 1–48; Reinhard Rürup: *Viel Lärm um nichts? D. J. Goldhagens »radikale Revision« der Holocaust-Forschung*, in: *NPL* 4 (1996), S. 357–363; Ruth-Bettina Birn: *»Revising the Holocaust«*, in *Historical Journal*, Cambridge University Press, 40, 1997, S. 195–215.

genügenden Methode vor allem bemängelt, daß Goldhagen den deutschen Völkermord an den Juden aus dem engen Zusammenhang zur deutschen Kriegführung insgesamt und zu der brutalen Vernichtungspolitik insbesondere gegenüber der sowjetischen Bevölkerung sowie anderen ethnischen und sozialen Gruppen herausgelöst hat.

Zudem wird der Massenmord an den europäischen Juden hier als End- und Entladungspunkt einer jahrhundertlang aufgebauten deutschen Obsession verstanden und, aus dem historischen Kontext gelöst, als ein singulärer manichäischer Konflikt beschrieben, der mit anderen historischen Ereignissen nicht in direkter Beziehung steht. Es gibt daher auch kein historisch-politisches Erkenntnispotential mehr in der Analyse des Geschehens: Wenn der Grund für das Übel in den Deutschen lag, sich die Deutschen aber – wie mehrfach postuliert – »geändert« haben, so ist die Gefahr beseitigt.

Und schließlich sind insbesondere seine Versuche, die beschriebenen Fälle als symptomatisch und das Verhalten der Deutschen schlechthin kennzeichnend darzustellen, nicht überzeugend, weil er über schlüssige Argumentationen, die solche Generalisierungen erlaubten, nicht verfügt.

Wissenschaftlich ist Goldhagens Buch also in der Tat als mißlungen anzusehen. Warum aber, so muß man fragen, hat es dann im Publikum so erstaunliche, zum Teil enthusiastische Reaktionen, hervorgerufen – jedenfalls in den USA und in Deutschland? Einige der Motive sind im Verlaufe der Debatte deutlich geworden. Zum einen hat Goldhagen ein ungeschriebenes Tabu durchbrochen: Er schildert nämlich das Morden selbst in solcher Ausführlichkeit und Genauigkeit, daß gegenüber der suggestiven Wucht des Furchtbaren, das hier beschrieben wird, die intellektuelle Kritik an Goldhagens Schlußfolgerungen nachgerade beckmesserisch wirkt. Die traditionelle Holocaust-Forschung hingegen hat zwar die Entstehung und die Auswirkungen des Massenmords untersucht, das Mordgeschehen selbst aber – schon aus Pietätsgründen und um nicht dem Vorwurf der Effekthascherei ausgesetzt zu werden – nur sehr aus der Ferne geschildert. Zudem hat die akademische Forschung sich in immer weiter zunehmendem Maße auf theoretische Debatten um Interpretationen des Geschehens konzentriert. Schon deshalb war sie der akklamativen Wucht der Darstellung Goldhagens unterlegen.

Zum zweiten hat Goldhagen die Fragen nach den Ursachen für den Genozid auf denkbar einfache Weise beantwortet. Der Größe und Monu-

mentalität des Verbrechens wurde auf diese Weise eine ebenso monumentale und einfache Erklärung gegenübergestellt: der Holocaust als nationales Projekt der Deutschen. Hier trifft er nicht zuletzt auf ein Bedürfnis der Nachkommen der Opfer. Denn angesichts der Größe des Verbrechens und der Auswirkungen in nahezu jede europäisch-jüdische Familie hinein ist der Wunsch nach einem klaren und benennbaren Motiv und einer ebenso eindeutig definierbaren und dem Verbrechen entsprechend großen Gruppe von Tätern naheliegend, ja unvermeidlich. Daß die Ermordung ihrer Eltern oder Geschwister auf spezifische Herrschaftsstrukturen des Regimes zurückzuführen sei, ist demgegenüber eine schwer vermittelbare und kaum erträgliche Erklärung.

Anders als die immer komplizierter werdenden Erklärungsansätze der wissenschaftlichen Forschung, die zwar das Geschehen angemessener und zutreffender analysieren, aber keine identifikationsfähigen, gewissermaßen politisch transferierbaren Antworten mehr geben können, bietet Goldhagens Erklärung die Möglichkeit der Identifikation mit den Opfern aber auch für Deutsche, die die Zumutung der gesellschaftlichen Nachfolge auf diese Weise zu umgehen oder zurückzuweisen trachten. Um es zuzuspitzen: Goldhagen suggeriert gerade den Deutschen der jüngeren Generation die Erfüllung eines verständlichen Wunsches: nämlich durch die Zustimmung zu seinem Buch nicht auf der Seite der Beschämten stehen zu müssen, sondern auf der Seite der Beschämer.

Aber jenseits solcher Beobachtungen liegt doch ein Teil der Bedeutung, die Goldhagens Buch gewonnen hat, auch in den Thesen seines Buches selbst und in der Herausforderung, die es für die Wissenschaft darstellt. Denn es hat jene einfache Frage wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, die so lange verdrängt, kaum mehr diskutiert und eben auch nicht hinreichend erforscht wurde, nämlich: Welche Rolle spielten die Deutschen, die »gewöhnlichen Deutschen« bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung? Welche Bedeutung kam dem Verhalten der breiten Bevölkerungsschichten bei dem Völkermord an den Juden zu?

Daß Goldhagen diese Fragen in den Mittelpunkt gerückt hat, ist ein bleibendes Verdienst, weil hier jenseits von politischen Strukturanalysen und philosophischen Gemeinplätzen das historische und moralische Kernproblem des Völkermords an den Juden berührt wurde – und weil diese Frage die Perspektive der Opfer repräsentiert. Denn daß Hitler, die nationalsozialistische Partei und ihre Funktionäre und Schergen rabiate

Judenfeinde waren, das wußte man auch vor 1933 schon. Von ihnen war nur das Schlimmste zu erwarten. Aber daß die Unterdrückung der Juden mit vielfältigen Formen der Herabwürdigung, der Erniedrigung, mit Belustigung und offenkundigem Haß verbunden war, und zwar auch bei solchen Deutschen, die weder der SS noch anderen politischen Einheiten angehörten; daß auch Wehrmachtsverbände und – nahezu durchgehend – Ordnungspolizei bei den Massenexekutionen tätig waren; daß die Besatzungsbehörden, um ein Beispiel zu geben, im Jahre 1941 auch die deutschen Angestellten der örtlichen Kreissparkasse problemlos hinzuziehen konnten, wenn bei den Ghettoräumungen in Polen zu wenig Polizeikräfte vorhanden waren: Das hatten gerade die deutschen Juden gewiß nicht für möglich gehalten, und das Entsetzen darüber hat sich bis heute tief in das kollektive Gedächtnis der Nachkommen der Opfer eingegraben.

Goldhagen führt diese Erscheinungen darauf zurück, daß die Deutschen insgesamt seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten kollektiv von der Obsession getrieben worden seien, die Juden »eliminieren« zu müssen; ja, daß die Deutschen sich Hitler deshalb zu ihrem Führer erwählt hätten, weil er ihnen diesen brennenden Wunsch am ehesten erfüllen würde. Diese Antworten sind zwar sehr suggestiv, aber offenbar nicht sehr überzeugend. Aber selbst wenn die Antworten falsch und viel zu simpel sind, bleibt die gestellte Frage doch richtig, ja brennend.

I.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ermordung der europäischen Juden hat in Westdeutschland (übrigens auch in der DDR, auf die ich hier nur am Rande eingehe) spät eingesetzt. Sie konzentrierte sich zunächst vor allem auf solche Aspekte, die insbesondere im Zusammenhang mit der nach dem Kriege aufgekommene »Kollektivschuldthese«⁴ standen: auf den konservativen Widerstand, um die Existenz des »anderen Deutschlands« nachzuweisen, und auf die SS, die gleichsam aus der deutschen Gesellschaft herausinterpretiert und als Residualkategorie des Abnormen für die Massenverbrechen allein verantwortlich gemacht

⁴ Vgl. Norbert Frei: Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Rechtshistorisches Journal 16 (1997).

wurde. Zugleich half die Betonung der Allmacht von SS und Sicherheitspolizei auch, den ausgebliebenen Widerstand aus dem Volke zu erklären, und wirkte so wie ein Schutzschild gegen alle erhobenen oder befürchteten Vorwürfe gegen die Deutschen.⁵ Darüber hinaus wurden die Deutschen in diesen Jahren vor allem als Opfer der Entwicklung gezeichnet – als Opfer der Bombenangriffe und der Vertreibung; aber auch als Opfer einer Diktatur, die über die Deutschen wie über Feindesland gekommen sei.⁶

In der ersten Phase des hier zu skizzierenden Prozesses, der vom Kriegsende bis etwa 1957 reicht, dominierten, was westdeutsche Historiker betrifft, einzelne Quelleneditionen sowie kurze Aufsätze und Essays über die Judenvernichtung.⁷ In der öffentlichen Wahrnehmung aber verbanden sich damit eher die Bilder von der Befreiung der Konzentrationslager Bergen-Belsen, Buchenwald oder Dachau – und nicht Massenerschießungen in Riga oder Massenvergasungen in Auschwitz. Dadurch aber war der Vorgang des Massenmords als ein geheimes Geschehen in abgesperrten Sonderzonen »im Osten«, zu denen kein Zeuge Zugang besaß, konstituiert.

Die zweite Phase reicht etwa von 1958 bis 1972. An ihrem Beginn standen zwei Entwicklungen. Zum einen gewann die Frage nach den nationalsozialistischen Massenverbrechen und dem Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft dazu durch die sogenannten Kölner Synagogenschändungen, den Ulmer Einsatzgruppenprozeß, den Jerusalemer Prozeß gegen Eichmann und den Frankfurter Auschwitz-Prozeß in kurzer Zeit eine erhebliche Brisanz. Innerhalb weniger Jahre wurden nun die nationalsozia-

⁵ Zur Geschichte der Historiographie des Holocaust vgl. Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988; Yisrael Gutman/Gideon Greif (Hg.): The Historiography of the Holocaust Period, Jerusalem 1988; Bernd Jürgen Wendt: Der »Holocaust« im Widerstreit der Deutungen, in: Arno Herzog u. a. (Hg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 29–74. Das Folgende nach meinen Überlegungen in: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders./Olaf Groehler: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–27.

⁶ Vgl. allgemein Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Amnestie, Integration und die Abgrenzung vom Nationalsozialismus in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, München 1996; Ulrich Herbert: Zweierlei Bewältigung, in: Ders.: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1995, S. 193–212.

⁷ Vgl. etwa: Der Gerstein-Bericht, in: VfZ 1 (1953), S. 185 ff.; Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), hg. v. Helmut Krausnick, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198; Der Generalplan Ost, hg. v. Helmut Heiber, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325; Gerald Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1983 (1956).

listischen Massenverbrechen zu einem wichtigen, seit Anfang der 60er Jahre sogar zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen in der Bundesrepublik; befördert durch ausführliche und genaue Berichterstattung über die genannten Prozesse in der Presse und auflagestarken Büchern, aber auch durch immer neue Skandale über die Verstrickung von führenden westdeutschen Politikern in das NS-Regime, die nicht zuletzt durch die Braunbücher aus der DDR in Gang gebracht worden waren.⁸ Zum zweiten war mittlerweile eine neue Generation herangewachsen, deren Fragen nach der Geschichte des Nationalsozialismus, vor allem nach der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik, drängender wurden, und die nicht mehr eingebunden war in das Verschwiegenheits-Komplott der älteren Generation. Zugleich trat aber auch eine neue Generation von Historikern auf den Plan, die in München wie anderswo intensiv über das NS-Regime und seine Verbrechen geforscht hatten, die nun vor den Gerichten als Gutachter auftraten und Anfang der 60er Jahre ihre Ergebnisse in Buchform vorlegten.⁹ Einen ersten Höhepunkt fand diese Entwicklung mit den Gutachten für den Auschwitz-Prozeß, die unter dem Titel »Anatomie des SS-Staates« erschienen.¹⁰ Die darin enthaltenen Studien von Krausnick über die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung, von Broszat über das KZ-System, von Buchheim über SS und Polizei sowie Jacobsen über den Kommissar-Befehl analysierten Motivation, Struktur und Vorgehensweise der NS-Regimeführung ebenso nüchtern wie eindrucklich. Diese Studien haben den Kenntnisstand über die NS-Vernichtungspolitik über Jahrzehnte markiert und bestimmt, und es brauchte lange, bis dieses wissenschaftliche Niveau wieder erreicht wurde.

1969 erschien mit Karl Dietrich Brachers Buch »Die deutsche Diktatur« die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung des NS-Regimes.¹¹ Es war in den vorausgegangenen Jahren vor allem das Verdienst Brachers gewesen, daß die Konzentration der westdeutschen Zeitgeschichte auf die Ab-

wehr tatsächlicher oder vermeintlicher Kollektivschuldvorwürfe aufgebrochen und eine kritische, auf rasch wachsende Aktenbestände gestützte Erforschung der Struktur und Politik des Regimes in Gang kam. Daß dabei die Spätphase der Weimarer Republik und die Frühphase des NS-Regimes zunächst im Vordergrund standen, war naheliegend und entsprach auch den Aufklärungsbedürfnissen der westdeutschen Gesellschaft. Die nationalsozialistische Politik gegen die Juden wurde in Brachers Darstellung durchaus ausführlich behandelt; bei der Analyse der Entwicklung nach den Pogromen des November 1938 reduzierte sich die bis dahin so plastische und anspruchsvolle Darstellung auf das Referieren eines wie automatisch ablaufenden Prozesses. Die Massenvernichtungspolitik der Kriegsjahre wird eher konstatiert als untersucht; der Mord an den Juden beansprucht nur zwölf von 580 Seiten. Diese Marginalisierung des Massenmords, die sich in nahezu allen deutschsprachigen Gesamtdarstellungen des »Dritten Reiches« bis in die späten 80er Jahre findet, widerspiegelt zum einen die Konzentration der Forschung wie der öffentlichen Debatte auf die Frage nach den Ursachen für die »Machtergreifung«, der gegenüber Krieg und Genozid lange Jahre zurückstanden. Andererseits schlug sich darin aber auch der vergleichsweise geringe Grad von differenzierten Kenntnissen über Entstehung und Ablauf des Massenmords nieder, denn der »Holocaust« hat bis Mitte der 80er Jahre nie zu den Forschungsschwerpunkten der deutschen Zeitgeschichte gehört – obwohl am Ende dieser Entwicklungsphase mit Adams »Judenpolitik« ein gewichtiges und innovatives Werk stand, das erste eines westdeutschen Autors, in dem der politische Entscheidungsprozeß zum Mord an den Juden so detailliert untersucht und die bis dahin allgemein geteilte Auffassung, der Judenmord sei langfristigem Kalkül und klarer Befehlsgebung Hitlers gefolgt, in Frage gestellt wurde.¹² Es ist kein Wunder, daß die besten der Arbeiten aus diesen Jahren bis heute immer wieder aufgelegt werden; denn in der darauf folgenden Phase bis Anfang der 80er Jahre ist nurmehr wenig erschienen, was in bezug auf Informiertheit und analytisches Niveau dem gleichkam. Auf der anderen Seite waren aber auch die Defizite dieser Forschungsphase bald unübersehbar. Denn die Suche der Staatsanwälte nach eindeutigen Taten und Tätern, nach Befehlen und ihrer Ausführung, nach individuell bemessbarer Schuld und Verantwortung führte auch bei vielen der mit

⁸ Vgl. Ulrich Herbert: Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod: Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit: Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 157–173; Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg, Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

⁹ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1958 u. 1966; Wolfgang Scheffler: Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945, Berlin 1960; Eberhard Kolb: Bergen-Belsen. Geschichte des Aufenthaltslagers 1943–1945, Hannover 1962 (überarb. Neuausg., Göttingen 1985).

¹⁰ Anatomie des SS-Staates, München 1982 (erste Aufl. Olten und Freiburg 1965).

¹¹ Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969.

¹² Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.

ihnen kooperierenden Historikern zu einer Konzentration auf die oftmals nur mühsam rekonstruierbaren Entscheidungsprozesse und Widersprüche innerhalb der politischen Regimeführung. Dabei blieben wichtige Bereiche unterbelichtet – zum einen die Perspektive der Opfer, und zwar vor allem derjenigen Opfer, die nicht aus Deutschland stammten: der Juden aus allen von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, der Bevölkerung Osteuropas sowie der Gruppen, die weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft bis dato als Opfer überhaupt erkannt und anerkannt worden waren, so etwa die »Zigeuner« oder die sowjetischen Kriegsgefangenen. Dadurch aber kam auch der politische und ideologische Zusammenhang zwischen der Verfolgung und Ermordung der verschiedenen Gruppen von Opfern des NS-Regimes nicht in den Blick.

Zweitens verblieb die Forschung zu dem Geschehen selbst in sicherer Distanz. Die Tausende von einzelnen Mordaktionen, Massakern, Erschießungen, Vergasungen, die überall in den Städten und Dörfern Osteuropas von deutschen Einheiten und Behörden betrieben wurden, kamen als Ereignisse mit je einzelnen Vorgeschichten, benennbaren Tätern und Opfern nicht vor. Auf diese Weise jedoch gewannen die Massenmorde den Charakter eines einheitlichen und zentral gelenkten, zugleich aber auch abstrakten, herkömmlicher Vernunft und Erfahrung nicht zugänglichen Vorgangs.

Und schließlich war, drittens, auffällig, daß selbst in grundlegenden Studien zur deutschen Besatzungspolitik in Europa das Schicksal der Juden kaum am Rande dargestellt wurde – so als handele es sich um einen eigenständigen, mit der deutschen Besatzungspolitik gar nicht in direkter Verbindung stehenden Prozeß.¹³ Dadurch aber geriet die Bedeutung der zivilen und militärischen Besatzungsadministrationen bei der Inangsetzung und Durchführung der »Endlösung der Judenfrage« ebenso aus dem Blick wie die Rolle der Industrie, der Wehrmacht insgesamt, der Wissenschaft – mit der Folge, daß nach den Zusammenhängen zwischen der deutschen Besatzungsverwaltung in West- und Osteuropa, den vielfältigen Konzepten zur »Neuordnung« Europas, den dabei verfolgten unterschiedlichen Zielsetzungen und der Vernich-

¹³ Vgl. z. B. Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958; Eberhard Jäckel: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966; Hans Umbreit: Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard 1968.

tungspolitik gegenüber den Juden über Jahrzehnte hinweg nicht gefragt wurde.

Hier lagen also die großen Defizite am Ende dieser zweiten Phase, die einer intensiven Erforschung harhten. Aber es kam zunächst anders. Denn in dem Jahrzehnt zwischen den frühen 70er und den frühen 80er Jahren ging das Interesse der Historiker wie der Öffentlichkeit an der empirischen Erforschung der nationalsozialistischen Massenverbrechen stark zurück. Berücksichtigt man, daß zwischen dem Abschluß eines Manuskripts und seiner Veröffentlichung in Buchform in der Regel ein, zwei Jahre oder mehr liegen, so kann man feststellen, daß in der *dritten Phase* zwischen etwa 1969/70 und Anfang der 80er Jahre in der empirischen Erforschung des Nationalsozialismus im allgemeinen, derjenigen der Judenvernichtung im besonderen eine breite und unübersehbare Lücke klafft. An größeren Monographien zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik sind in diesen Jahren lediglich Hans G. Adlers Untersuchung über die Deportation der deutschen Juden (1974), Falk Pingels »Häftlinge unter SS-Herrschaft« und Christian Streits große Studie über den Tod von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand (1978) erschienen.¹⁴

Die konkrete Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regimes und seinen Massenverbrechen war seit dem Einsetzen der Studentenrevolte von einer stark politisierten »Faschismusdebatte« abgelöst worden, deren Ausgangspunkt zunächst die sehr persönlich geführte Auseinandersetzung der jungen Generation mit der Vergangenheit ihrer Eltern und dann die Debatte über die Belastungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch die Kontinuität der Eliten insgesamt gewesen war. Aber schon bald geriet die rekonstruierbare Wirklichkeit der NS-Vergangenheit in den Hintergrund zugunsten eines immer abstrakteren und synthetischeren Begriffs vom »Faschismus«, als dessen hervorstechende Kennzeichen nicht länger der Genozid an den Juden und überhaupt die Massenverbrechen des NS-Regimes angesehen wurden, sondern etwa – in der verbreiteten Trivialform der These – das Bündnis von Monopolindustrie und Diktatur zur Ausschaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

¹⁴ Hans G. Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974; Falk Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

Diese Auffassung korrespondierte eng mit der die Historiographie der DDR beherrschenden Auffassung, wonach auch die rassistische Terror- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten allein auf die Eroberungs- und Herrschaftspläne des deutschen Imperialismus, letztlich des deutschen Großkapitals, zurückzuführen sei, so daß etwa der Antisemitismus nur noch als Manipulationsinstrument gegenüber der deutschen Bevölkerung angesehen und die Vernichtung der europäischen Juden gewissermaßen als Randphänomen, als bloße »Erscheinungsform« des deutschen Imperialismus wahrgenommen wurde.¹⁵

Aber auch die seriöse wissenschaftliche Kontroverse dieser Jahre um die Frage, ob das NS-Regime als *faschistisches* oder als *totalitäres* Regime anzusehen sei, erwies sich im Ganzen als wenig fruchtbar, weil sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht durch empirische, komparative Studien abgedeckt wurde, sondern auf der Ebene der Systemtheorie verblieb.¹⁶

Der Versuch, mit Hilfe des Begriffs des »Faschismus« die rechtsradikalen, plebisitär gestützten Regimes der Zwischenkriegszeit komparativ zu erfassen, war ja zunächst durchaus sinnvoll, um überhaupt eine Vergleichsebene herzustellen. Auf lange Sicht aber hatte gerade das für die Beschäftigung mit Deutschland fatale Folgen. Denn der Faschismusbegriff deckte vielleicht und mit etwas Mühe wichtige Elemente der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 und der NS-Diktatur bis 1938/39 ab. Die deutsche Besatzungspolitik in Europa, die Politik der »völkischen Flurbereinigung« in fast ganz Europa und insbesondere der millionenfache Massenmord an den Juden, an den Bewohnern der besetzten Gebiete in Polen, der UdSSR und Südosteuropas aber waren mit einem Begriff, der für die Verhältnisse im Italien unter Mussolini geprägt worden war und auf die Unterdrückung der einheimischen Opposition und die Wiedererrichtung der Herrschaft der traditionellen Eliten mit Hilfe massenhafter Gewalt und populistischer Inszenierungen abhob, nicht zu umfas-

¹⁵ Repräsentativ etwa Dietrich Eichholtz u. a. (Hg.): *Faschismus-Forschung: Position, Probleme, Polemik*, Berlin 1980; kritisch: Olaf Groehler: *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: Ders./Ulrich Herbert: *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 29–40; Jürgen Danyel: *Die geteilte Vergangenheit: zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995. Die Problematik tritt besonders zugespitzt auf bei Reinhard Kühnl: *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 1977, S. 283 f.

¹⁶ *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse*. Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München 1980; Kershaw, *Der NS-Staat*, S. 43–87.

sen. So stand auch die Linke – nicht nur in Deutschland – den Phänomenen der nationalsozialistischen Massenmorde begrifflich hilflos gegenüber und konnte hierzu kein analytisches, sondern lediglich ein moralisch-empörungsorientiertes Verhältnis gewinnen.

Insgesamt kann man – jedenfalls was die öffentliche Perzeption angeht – die 70er und frühen 80er Jahre durchaus als eine Phase der zweiten Verdrängung bezeichnen. Täter und Tatorte, Helfershelfer und Nutznießer, vor allem aber die Opfer selbst wurden anonymisiert. Die Debatte um die Interpretation des Nationalsozialismus wurde im politischen Rechts-Links-Schema erneut zum Schlachtfeld des Kalten Krieges und zum Objekt eines mehr und mehr posenhaften Entlarvungsgestus. Die mittlerweile zahlreichen, zum Teil hervorragenden wissenschaftlichen Studien, die in den USA, in Israel und Polen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erschienen waren, fanden in der Bundesrepublik weder Verlage noch Publikum. Raul Hilbergs grundlegende Untersuchung »Die Vernichtung der europäischen Juden« erschien erst im Jahre 1982 endlich in deutscher Sprache – mehr als 20 Jahre nach der Erstveröffentlichung in den USA. Nun war mit Hilbergs Buch sowie mit der ersten wissenschaftlichen Studie über die Einsatzgruppen in der Sowjetunion das Informationspotential der westdeutschen Öffentlichkeit wie der Geschichtswissenschaft vervielfacht worden,¹⁷ und der Holocaust wurde vor allem seit den 80er Jahren immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Debatten, etwa über die deutsche Identität – aber doch nur als Metapher. Nicht die Kenntnisse über den Genozid nahmen zu, sondern nur die Zahl derer, die darüber redeten. In der deutschen Wissenschaft blieb die Beschäftigung mit dem Holocaust das Metier weniger Spezialisten. Im Vergleich zu anderen Ländern, den USA, Israel und Polen vor allem, war der deutsche Beitrag zur empirischen Erforschung der Judenverfolgung und -vernichtung in Europa insgesamt gering.

Gleichwohl – seit den frühen 80er Jahren setzten doch auch neue Entwicklungen ein, insbesondere in der Forschung selbst und nicht zuletzt in Absetzung von der eben geschilderten Entwicklung. Zum einen verla-

¹⁷ Raul Hilberg: *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982 (als Fischer Taschenbuch Frankfurt a. M. 1990); Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981.

gerten sich die wissenschaftlichen Debatten über »Faschismus oder Totalitarismus« und »Hitlerismus oder Polykratie«, die sich in erster Linie auf die innere Struktur des Regimes, die Rolle der traditionellen Eliten und die Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb der Regimeführung und nicht zuletzt auf die Außenpolitik des Regimes konzentriert hatten, nun auch auf die Diskussion über den Entscheidungsprozeß bei der Ingangsetzung der »Endlösung«. Schon in den 70er Jahren waren starke Zweifel daran aufgetaucht – vor allem in den Arbeiten von Adam, Broszat, Mommsen, die man von nun an »Strukturalisten« zu nennen begann –, ob eine Reduktion des Entscheidungsprozesses bei der Ingangsetzung der Judenvernichtung auf die Weltanschauung, den Willen und den Befehl Hitlers der historischen Wirklichkeit entsprachen, wie dies traditionellerweise jene Historiker getan hatten, die nun mit dem Titel »Intentionalisten« versehen wurden.¹⁸ Hier entstand nun eine Debatte, die für die historische Wissenschaft und das öffentlich wahrgenommene Bild des Judenmords bald nachhaltige Bedeutung gewann. Die Strukturalisten arbeiteten nämlich heraus, daß mit der Politik der Judenvernichtung zahlreiche Ressorts und außerstaatliche Interessengruppen befaßt gewesen seien und die einseitige Heraushebung Hitlers nicht nur falsch sei, sondern auch zur Entlastung der übrigen daran direkt oder indirekt beteiligten Personenkreise beitrage. Die Ingangsetzung des Genozids sei dagegen nicht auf einen einmaligen, einheitlichen Anstoß und wohl auch nicht auf einen »Führerbefehl« zurückzuführen, sondern habe sich im Verlaufe eines dynamischen Prozesses in den Jahren 1941/42 allmählich herausgebildet – ein Prozeß der »kumulativen Radikalisierung«.¹⁹ Durch diese Thesen bewirkten die Strukturalisten einen anderen, schärferen und zugleich weiteren Blick auf die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen

¹⁸ Martin Broszat: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1986 (1969); Hans Mommsen: *Nationalsozialismus*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 4, Freiburg 1971, S. 695–713; ders.: *Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes*, in: *Meyers Enzyklopädisches Wörterbuch*, Stuttgart 1976, S. 785–790; ders.: *Ausnahmestatus als Herrschaftstechnik des NS-Regimes*, in: Manfred Funke (Hg.): *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1976, S. 30–45; Karl A. Schleunes: *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1933–1939*, London 1972; Adam, *Judenpolitik*.

¹⁹ Martin Broszat: *Hitler und die Genesis der »Endlösung«*, Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *VfZ* 25 (1977) S. 739–775; Christopher Browning: *Zur Genesis der »Endlösung«*, Eine Antwort an Martin Broszat, in: *VfZ* 29 (1981), S. 97–101; Hans Mommsen: *Die Realisierung des Utopischen. Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«*, in: *GuG* 9 (1983), S. 381–420.

gen. Allerdings blieben auch sie von dogmatischen Verengungen nicht frei. Die Bedeutung rassistischer und gerade antisemitischer Ideologien für das Denken und Handeln großer Bevölkerungsgruppen wie für die spezifisch nationalsozialistischen Weltanschauungseliten blieben ihnen fremd. Der Prozeß der Ingangsetzung des Massenmords wirkte in dieser Sichtweise wie ein Automatismus ohne beteiligte Menschen, ohne Täter vor allem. Bemerkenswert ist zudem, daß diese Thesen nicht zu einer Intensivierung der Forschung führten, sondern lediglich zu einem Krieg der Interpretationen auf der gleichen, dünnen empirischen Grundlage.²⁰

Dieses unübersehbare Defizit war jedoch nicht, wie zuweilen vermutet, auf die mangelhafte Quellenbasis zurückzuführen. Zwar waren die meisten Archive der Ostblockstaaten westlichen Historikern bis 1990/91 verschlossen, aber die zugänglichen Archivbestände im Westen und vor allem die Unterlagen der westdeutschen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter waren derart voluminös, daß sie eine intensive Forschungstätigkeit ermöglicht hätten; und Veröffentlichungen wie die von Wolfgang Scheffler und Adalbert Rückerl sowie die Publikation von – zum Teil außerordentlich umfangreichen und differenzierten – Gerichtsurteilen boten hierzu wichtige Hinweise.²¹ Vielmehr kam bei der sich rasch verbreiternden Debatte zwischen »Intentionalisten« und »Strukturalisten« auch die Auffassung zum Ausdruck, daß man über das Mordgeschehen selbst hinreichend informiert sei, während das eigentliche Problem in dessen politischer Einordnung und säkularer Interpretation bestehe. In dieser Überzeugung, die ja eine verbreitete Ansicht in der Öffentlichkeit widerspiegelte und bis heute fortwirkt, kann man in der Tat die fortgesetzte Weigerung erkennen, sich ungeschützt und direkt mit dem Geschehen selbst auseinanderzusetzen. Die Konzentration auf die Interpretation des Völkermords, auf die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen hat insoweit stark entlastende Wirkungen, ein Vorgang, der 1986/87 bei dem – wissen-

²⁰ Vgl. Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hg.): *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung*, Stuttgart 1984; zusammenfassend Kershaw, *NS-Staat*.

²¹ Wolfgang Scheffler/Helge Grabitz: *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten*, München 1993; Adalbert Rückerl: *NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung*, Heidelberg 1984; Adelheid L. Rüter-Ehlermann: *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, 1945–1966*, bearb. von L. Rüter-Ehlermann, C. F. Rüter u. a., Amsterdam 1968–1976 ff.

schaftlich ganz unergiebigen – Historikerstreit deutlich in den Vordergrund trat.²²

Aus der Kritik an den steril gewordenen Debatten über Intentionalismus und Strukturalismus aber entwickelten sich bereits seit Mitte der 80er Jahre neue Fragen und Ansätze, insbesondere eine Hinwendung zum Konkreten, Empirischen, aus der schließlich auch Entwicklungen wie die Alltags- und Mentalitätsgeschichte der NS-Diktatur erwuchsen.²³ Im Zusammenhang mit der Erforschung der nationalsozialistischen Judenpolitik lag deren Bedeutung in einer Art von Rekonkretisierung der Geschichte des NS-Regimes; vor allem, weil hier versucht wurde, die Opfer der nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungspolitik selbst in den Mittelpunkt zu stellen, und zwar in zunehmendem Maße *alle* Opfer. Dies fand in einer wachsenden Zahl von Studien über »Zigeuner«, Behinderte, »Asoziale«, Homosexuelle, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und andere verfolgte Gruppen seinen Ausdruck.²⁴ Dadurch wurde es nun allmählich auch möglich, die rassistische Politik des Regimes als Einheit zu begreifen und ihre Traditionen in der deutschen Geschichte freizulegen. Die rassenhygienisch motivierte Verfolgung der verschiedenen Opfergruppen in Deutschland und das Vorgehen gegen die Angehörigen der slawischen Völker und vor allem gegen die Juden wurden nun langsam auch konzeptionell als miteinander in Zusammenhang stehend erkannt und untersucht.²⁵

22 Vgl. Anm 2; Richard J. Evans: Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1991; Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988.

23 Martin Broszar u. a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München, Wien 1977–1983; Lutz Niethammer (Hg.): Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 1930 bis 1960, 3 Bde., Bonn/Berlin 1983–1985; Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln 1982 (in Peukerts einflussreichem Buch wurde die Verfolgung der Juden im Vergleich zu der anderer Opfergruppen nur am Rande behandelt, was Peukert später selbst kritisch bemerkte); Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hg.): Die Reihen fast geschlossen: Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.

24 Bspw. Hans-Walter Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens«, 1890–1945, Göttingen 1987; Michael Zimmermann: Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma, Essen 1989; Burkhard Jellonek: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990; Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985; Wolfgang Ayaß: »Asoziale« im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995.

25 Ulrich Herbert: Traditionen des Rassismus, in: Ders.: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 11–30; Hans-Walter Schmuhl: Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft.

Dabei war es kennzeichnend, daß die wichtigen neuen Impulse nicht aus dem Kreise derer kamen, die bis dahin die Diskussion um die Interpretation des Holocaust angeführt hatten. Es bedurfte offenbar des distanzierteren Blicks von außen, um zu erkennen, daß die Debatte in eine Sackgasse geraten war. Hierbei standen vor allem vier Ansätze im Vordergrund. Zum einen die bereits angesprochenen, aus der Alltags- und Mentalitätsgeschichte herrührenden Impulse; zweitens die zunehmende Wahrnehmung der internationalen Forschung, die nicht zuletzt vor allem durch das vom Institut für Zeitgeschichte initiierte Projekt zur Erforschung der Gesamtzahl der ermordeten Juden befördert wurde;²⁶ drittens die von der Gruppe um den Berliner Historiker Wolfgang Scheffler forcierten Bemühungen um die intensive Nutzung der Unterlagen der deutschen Justizbehörden für die Erforschung des Holocaust. Auf diese Weise wurde die Eingrenzung der Wahrnehmung auf die Berliner Zentrale durchbrochen, und eine Vielzahl von Tätern, Tatorten, Tathergängen und Opfern kam in den Blick.²⁷

Der vierte Impuls ging aus von der Publikationsreihe »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« und ihrem Mentor, dem Berliner Historiker Götz Aly.²⁸ Ursprünglich hatte sich das Interesse Alys und der Mitherausgeber der Reihe vor allem auf die »Euthanasie«-Politik des Regimes und die Rolle von Ärzten, Krankenanstalten und »Bevölkerungsexperten« in diesem Zusammenhang gerichtet. Dadurch gerieten jene vermeintlich unpolitischen wissenschaftlichen Institutionen der Politikberatung ins Blickfeld, die nun in verschiedenen Politikbereichen genauer untersucht wurden. Auf diese

Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 23), Düsseldorf 1992, S. 182–197; Michael Burleigh, Wolfgang Wippermann: The Racial State. Germany 1933–1945, Cambridge 1991.

26 Benz (Hg.), Dimension des Völkermords; vgl. Dieter Pohl: Nationalsozialistischer Judenmord als Problem von osteuropäischer Geschichte und Osteuropa-Geschichtsschreibung, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 60 (1992), S. 96–119.

27 Vgl. Scheffler/Grabitz, Ghetto-Aufstand; Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler: Letzte Spuren. Ghetto Warschau – SS-Arbeitslager Trawniki – Aktion Erntefest. Fotos und Dokumente über Opfer des Endlösungswahns im Spiegel der historischen Ereignisse, Berlin 1988; ein Überblick bei Klaus Bästlein/Helge Grabitz/Johannes Tuchel (Hg.): Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, Berlin 1994.

28 Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, hg. v. Götz Aly u. a., Berlin 1985 ff.

Weise wurde die Reduktion nationalsozialistischer Rasse- und Bevölkerungspolitik auf Partei- und SS-Institutionen sukzessive zerstört, und die Bedeutung der traditionellen Eliten in Verwaltung, Wissenschaft und Industrie in diesem Zusammenhang trat stärker ins Bewußtsein. In dem 1991 erschienenen Buch »Vordenker der Vernichtung« versuchten Susanne Heim und Götz Aly, diesen Ansatz auch auf die Ingangsetzung des Massenmords an den Juden zu übertragen.²⁹ Bei ihren Nachforschungen kamen vielfältige Schriften und Konzepte aus Universitäten und Instituten zum Vorschein, in welchen die Entwicklungs- und Modernisierungsdefizite der Staaten Mittel- und Osteuropas auf die zu hohe Bevölkerungszahl jener Regionen zurückgeführt und eine Reduzierung der Bevölkerungszahl zur Voraussetzung einer nachhaltigen, unter deutscher Großraumherrschaft durchzuführenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in diesen Ländern erklärt wurde. Nicht wenige dieser Experten finden sich nach Kriegsbeginn in den Stäben der deutschen Besatzungsverwaltungen in Osteuropa wieder. Hier, so folgerten Aly und Heim, liege der rationale Ansatzpunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik in Osteuropa, vor allem in Polen, seit 1939/40, und formulierten daraus die These von der »Ökonomie der Endlösung«, die auf ein lebhaftes Echo, darunter auch auf viel Kritik stieß.³⁰

Daß es solche Konzepte und wissenschaftlichen Ausarbeitungen überhaupt gab, war das eigentlich Sensationelle dieses Buches; auch wenn man Heims und Alys Schlußfolgerungen, wonach hier der eigentliche Antrieb für die Ingangsetzung des Genozids liege, nicht folgen mochte. Offen blieb jedoch die Einordnung dieser wirtschafts- und bevölke-

²⁹ Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991 (Frankfurt a. M. 1994); dies.: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 5), Berlin 1987; dies.: Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938 bis 1945 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 9); vgl. auch die Überlegungen des im Ansatz ähnlich argumentierenden Zygmunt Baumann: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.

³⁰ Zur Kritik vgl. die Beiträge in Wolfgang Schneider (Hg.): Vernichtungspolitik. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991; darin Christopher R. Browning: Vernichtung und Arbeit. Zur Fraktionierung der planenden deutschen Intelligenz im besetzten Polen, S. 37–52; Ulrich Herbert: Rassismus und rationales Kalkül: Zum Stellenwert utilitaristisch verbrämter Legitimationsstrategien in der nationalsozialistischen »Weltanschauung«, S. 25–36; sowie Dan Diner: Rassistisches Völkerrecht. Elemente einer nationalsozialistischen Weltordnung, in: VfZ 37 (1989), S. 23–56; und Norbert Frei: Wie modern war der Nationalsozialismus, in: GuG 19 (1993), S. 367–387.

rungspolitischen Konzepte in die Analyse des Gesamtvorganges der Ingangsetzung der »Endlösung«. Ohne die Berücksichtigung solcher Konzepte, durch die die Ausrichtung größerer Teile offenbar gerade der jüngeren deutschen Sozialwissenschaftler an der Zielsetzung einer kontinentalimperialistischen Expansionspolitik Deutschlands in Mittel- und Osteuropa offenbar wurde, ist dieser Gesamtvorgang nicht entschlüsselbar – das muß man gegen manche Kritik doch festhalten. Aber es blieb unklar, in welcher Weise sich diese vermeintlich außerideologischen Konzepte mit den politischen Einstellungen der Nationalsozialisten und der deutschen Rechten insgesamt verbanden. War der Antisemitismus nur eine *Massensuggestion*, hinter der sich in Kreisen der wissenschaftlichen Eliten nüchternes Kalkül und kühle Berechnungen verbargen? Wurde der verbreitete Judenhaß der Nationalsozialisten nur genutzt, um bevölkerungspolitische Zielsetzungen gegenüber einer ohnehin entrechteten Gruppe leicht durchsetzen zu können, wie die Autoren vermuteten?

In seinem im Jahre 1995 erschienenen Buch »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden hat Aly seine Thesen jedoch stark modifiziert.³¹ Hatte er bis dahin einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Planungen und der »Umsetzung« in die Realität des Massenmords postuliert, so kehrte er dieses Verhältnis nunmehr um: Voraussetzung für die Ingangsetzung der Vernichtungsmaschinerie seien nicht die Planungen, sondern das vielfache und unausgesetzte Scheitern der verschiedenen Konzeptionen und Pläne gewesen. Als Ausgangspunkt nimmt Aly hierbei die beim Hitler-Stalin-Pakt vereinbarten »Umsiedlungen« der sogenannten »Volksdeutschen« aus Ost- und Südosteuropa. Als die ersten Zehntausende Menschen dieser Gruppe im deutschen Machtbereich angekommen seien, sei eine folgenschwere Kettenreaktion in Gang gekommen: Um für die Umsiedler Platz zu schaffen, seien Polen und vor allem Juden in großer Zahl aus dem Warthegau und anderen Regionen ausgesiedelt worden, ohne daß für diese Menschen irgendwelche Vorkehrungen getroffen worden seien. Nun setzte ein Prozeß immer weiterreichender Deportationspläne ein, zusammengehalten durch die Utopie der »völkischen Flurbereinigung« Mitteleuropas. Im

³¹ Götz Aly: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt a. M. 1995; vgl. auch Alys Beitrag in diesem Band.

Zentrum dieser »Verschiebungs«- und Deportationspläne standen die Juden, die man ganz aus dem deutschen Einflußbereich hinausdrängen wollte – in die östlichen Regionen des Generalgouvernements, nach Madagaskar, ans Eismeer in Nordrußland. Da kein Machträger des NS-Regimes sich bereit fand, die Juden auf Dauer in »seinem« Bereich aufzunehmen, entwickelte sich hierbei ein System von Zwischenlösungen und Kompromissen, die schon wegen der dabei entstehenden und allenthalben beklagten »unhaltbaren Zustände« auf eine endgültige, eine »Endlösung« drängte; bis schließlich als Konsequenz des Scheiterns der verschiedenen Deportationspläne mit der Ermordung der überflüssig gewordenen und nicht anzusiedelnden Juden begonnen wurde. Es waren, wie Aly herausarbeitet, im wesentlichen die gleichen Männer, die für die Umsiedlung und Ansiedlung der Deutschen aus der Sowjetunion zuständig waren und anschließend die Deportation und Ermordung der Juden organisierten – Adolf Eichmann zum Beispiel und viele andere Referenten des RSHA.³²

Alys Analyse stellt einen wichtigen Fortschritt insofern dar, als sie die bis dahin bloß behauptete These von der allmählichen Radikalisierung der Judenpolitik im Zuge des Scheiterns verschiedener Alternativprojekte auf eine empirische Basis gestellt hat. Die Ingangsetzung der Ermordung der Juden wird hier in den Kontext der deutschen Bestrebungen gestellt, in Mittel- und Osteuropa eine »völkische Flurbereinigung« in Angriff zu nehmen, die unmittelbar nach Kriegsbeginn in Polen einsetzte und perspektivisch die Neuordnung Osteuropas bis hin zum Ural umfassen sollte – mit der »Verschiebung« von Millionen Menschen, wie dies in den verschiedenen Fassungen des »Generalplan Ost« konzipiert wurde, den Himmler in seiner neuen Eigenschaft als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« ausarbeiten ließ.³³

Eine Reihe von Fragen blieb allerdings offen. Die Radikalisierung der Judenpolitik war danach also nicht mehr Ausdruck langfristiger Konzeptionen, sondern vielmehr das Ergebnis des Scheiterns immer neuer und

weiter ausgreifender Pläne zur Deportation der Juden – eines Prozesses, der sukzessive und in Sprüngen verlief und zu jeweils situativ getroffenen Entscheidungen veranlaßte. Zudem bezogen sich solche Pläne, wie sie dann im »Generalplan Ost« kumulierten, nie allein auf die Juden, sondern ebenso auf die Polen, die Russen oder auch die gesamte Bevölkerung in den östlich von Deutschland gelegenen Ländern. Aber, so muß man doch hervorheben, allein gegenüber den Juden verwandelte sich das Scheitern der Deportationspläne in die Praxis des Genozids – also gegenüber eben jener Gruppe, die in der politischen Ideologie des Nationalsozialismus als schärfster Feind gebrandmarkt worden war und die seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland innerhalb weniger Jahre massiv verfolgt und entrechtet wurde. Welche Rolle also spielte hierbei der Antisemitismus? In welcher Weise waren situativ entstandene – tatsächliche oder vermeintliche – Zwangslagen mit längerfristigen Einstellungen und Zielsetzungen verbunden? In welchem Verhältnis standen ideologische Faktoren wie Rassismus und Judenhaß zu zweckbezogenen, »rationalen« Motiven wie wirtschaftlicher Modernisierung oder Nahrungsmittelknappheit? Wie verbanden sich individuelle und situative Motive der Täter und Verantwortlichen mit einer allgemeinen, gegen die Juden gerichteten Dynamik der Gewalt?

Diese Fragen bündelnd, kann man zwei Hauptlinien der Ingangsetzung des Genozids herausheben: Auf der einen Seite solche Zielsetzungen oder Konzepte, die bei der Durchsetzung weitreichender kontinentalimperialistischer Zielsetzungen das Schicksal der autochthonen Bevölkerungen als quantité négligeable ansahen, sich an einem moralentleerten Utilitarismus orientierten und sich in denkbar vielfältigen Formen situativer Zwänge jeweils aktualisierten. Auf der anderen Seite der rassistische Antisemitismus, der die Vertreibung, oder, um mit Goldhagen zu sprechen, die Eliminierung, schließlich auch die Ermordung eines Teils oder aller Juden in den Vordergrund stellte. Beides allerdings steht in spezifischen, miteinander verwandten Traditionsbezügen – der Politik Deutschlands und der anderen Großmächte in den Kolonien, insbesondere Afrikas, und der langen Tradition der Planungen für ein deutsches quasikoloniales Hinterland in Ost- und Südosteuropa einerseits; der Tradition des modernen Antisemitismus andererseits. Beide Entwicklungen begannen sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu entfalten und erreichten seit der Jahrhundertwende und dann wiederum im Ersten Weltkrieg erste Höhepunkte.

³² Vgl. dazu Hans Safran: Die Eichmann-Männer, Wien/Zürich 1993.

³³ Czeslaw Madajczyk (Hg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München u. a. 1994; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.): Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Bruno Wasser: Himmlers Raumplanung im Osten, Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel/Berlin/Boston 1993; zum Ansatz der »Völkerverschiebung« als Erklärungsmoment für die Ingangsetzung des Genozids vgl. Hans Mommsen: Umvolkungspläne des Nationalsozialismus und der Holocaust, in: Bästlein u. a. (Hg.), Die Normalität des Verbrechens, S. 68–84.

Um die hier aufgeworfenen Fragen beantworten zu können, war es notwendig, die Ebene der politischen Akteure in Berlin und Krakau zu verlassen und die Inangangsetzung des Genozids in den einzelnen Besatzungsgebieten detailliert zu untersuchen. Hier liegt der Ansatzpunkt für eine Reihe neuerer Studien, deren Ergebnisse die Analyse des Gesamtprozesses auf eine neue Stufe stellen.

Dies gilt zunächst für die große Studie Michael Zimmermanns über die nationalsozialistische Verfolgungspolitik gegenüber den »Zigeunern«. ³⁴ Zimmermann kann nämlich zeigen, daß die nationalsozialistische »Zigeunerpolitik« auf den Traditionen des Antiziganismus aufbaute, diese aber durch die Verwissenschaftlichung des Vorurteils mit Hilfe gesellschaftsbiologischer Ansätze in entscheidenden Punkten radikalisierte. Dabei ist weder ein einheitlicher noch gar auf Hitler allein (der sich an der »Zigeunerfrage« vielmehr durchgehend uninteressiert zeigte) zu reduzierender Willensbildungsprozeß festzustellen, noch eine entsprechende Befehlsstruktur zur Ermordung der »Zigeuner«. Vielmehr hatte die rassistische Stigmatisierung dieser Gruppe mittlerweile eine solche Verbreitung und ein solches Ausmaß gefunden, daß die Einsatzgruppen in der Sowjetunion, ohne dazu eigens beauftragt worden zu sein, bei ihren Mordzügen immer dann, wenn sie auf »Zigeuner« trafen, diese ebenfalls ermordeten – jeweils mit Begründungen, die aus der Situation heraus irgendwie nahezuliegen schienen: Die »Zigeuner« seien Spione, sie bedrohten die Truppe oder die Bevölkerung, seien Verbreiter von Seuchen und Krankheiten und anderes. Zimmermann verbindet also die Bedeutung eines weithin geteilten Vorurteils und seiner »Verwissenschaftlichung« zu einem rassistischen Konstrukt, das von zahlreichen Experten betrieben wurde und Eingang in die Überzeugungswelt der Führungsebenen der Kriminal- und Sicherheitspolizei fand, mit der Ebene jeweils situativ getroffener Entscheidungen der Führer der lokal operierenden Verbände.

In den Arbeiten von Dieter Pohl und Thomas Sandkühler über den Judenmord in Galizien, von Walter Manoschek über Serbien, von Christian Gerlach über Weißrußland und weiteren, zum Teil noch laufenden Studien wird es möglich, die Beziehungen zwischen den regionalen deutschen Machthabern – Zivilverwaltungen, Militärverwaltungen, Höhe-

³⁴ Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«. Hamburg 1996; vgl. Zimmermanns Beitrag in diesem Band.

ren SS- und Polizeiführern sowie durchgehend den Führern von Sicherheitspolizei und SD – und der Berliner Zentrale im Führerhauptquartier, im Reichssicherheitshauptamt und beim Reichsführer SS herauszuarbeiten und die konkrete Entwicklung in den einzelnen Regionen mit den Entscheidungen und Reaktionen in Berlin in Verbindung zu bringen. ³⁵ Zudem wird deutlich, daß es sich bei der Entwicklung der nationalsozialistischen »Judenpolitik« in den von Deutschland besetzten Regionen Osteuropas bis in die ersten Wochen des Jahres 1942 hinein nicht bereits um einen einheitlichen Gesamtvorgang handelte, sondern um je spezifische Entwicklungen mit durchaus unterschiedlichen Vorgeschichten. Die »fateful months« von Juni bis Dezember 1941 erweisen sich vielmehr als Konstituierungs- und Vereinheitlichungsphase des Genozids.

Ein weiterer Schwerpunkt der neueren Forschung liegt bei der Untersuchung der Täter selbst – ihrer Vorgehensweise, ihrer Motive, ihres Weltbilds und biographischen Hintergrunds – und zwar sowohl der konkreten Mörder vor Ort, die das Gewehr hielten oder die Türen der Vergasungsanlagen schlossen, als auch der im engeren Sinne Verantwortlichen. Es ist unübersehbar, daß diese Fragen mittlerweile ins Zentrum der Diskussion über den Judenmord gerückt sind.

Christopher Browning hat in seinem Buch »Ganz normale Männer« die Angehörigen des Polizeibataillons 101 untersucht, das in den besetzten Ostgebieten monatelang Massenerschießungen durchführte. ³⁶ Das Fazit seiner Analyse einer dieser Einheiten, von denen es viele gab, war ernüchternd: Nicht ideologische Aufladung, nicht extremer Judentumhaß oder andere weltanschauliche Motive, sondern andere Aspekte standen bei diesen Polizisten im Vordergrund: ein dumpfes Klima der Brutalität, eine

³⁵ Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996; ders.: Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a.M. 1993; Thomas Sandkühler: »Endlösung« in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz, 1941 bis 1944, Bonn 1996; Walter Manoschek: »Serbien ist judenfrei«. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/1942, Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Bd. 38, München ²1995; Christian Gerlach: Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944, ersch. 1998; sowie die Beiträge der Autoren in diesem Band.

³⁶ Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reservepolizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek 1993; vgl. die gesammelten Einzelbeiträge Brownings: Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution, New York 1985; ders.: The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution, Cambridge 1992, sowie jetzt ders.: Der Weg zur »Endlösung«. Entscheidung und Täter, Bonn 1998.

ausgeprägte Korpsmentalität, ein erheblicher Gruppendruck, Alkoholexzesse, verbunden mit einer immer fortschreitenden Abstumpfung gegenüber Gewalttaten jeder Form. Für Browning ist also hierbei nicht die spezifisch antisemitische Motivation der Täter ausschlaggebend, sondern eine allgemeine Disposition zur Gewaltbereitschaft, die sich in den politisch gelenkten Bahnen gegen die Juden entlud.

Exakt die gleiche Gruppe wird nun von Daniel Goldhagen ganz anders beurteilt. Es sei eben nicht zufällig gewesen, daß sich diese Gewaltbereitschaft gegenüber den Juden entlud, sondern Ausdruck des in Deutschland generell verbreiteten »eliminativen« Antisemitismus.³⁷ Wenn diese Polizisten also ganz normale Männer waren, dann in dem Sinne, daß sie Ausdruck der in Deutschland verbreiteten Normalität des radikalen Judenhasses gewesen seien.

Allerdings – diese Polizisten waren Befehlsempfänger, für sie war ausschlaggebend, was ihnen aufgetragen wurde und ob diese Aufträge in dem von ihnen wahrgenommenen gesellschaftlichen und politischen Umfeld als legitim und legitimiert erschienen. Unabhängig von ihrer – retrospektiv kaum noch feststellbaren – individuellen Motivation lebten sie in einem Kontext, in dem die Vertreibung oder auch Ausrottung ganzer Völker öffentlich diskutiert, die Bereitschaft zu Brutalität und Fanatismus überall gefordert und das Handeln der einzelnen historisch und politisch legitimiert wurde. Gruppendruck, Gewaltbereitschaft, Abstumpfung, da hat Browning sicherlich recht, sind kein Spezifikum für die Situation in Deutschland. Aber der politische und soziale Kontext, in dem sich diese Polizisten bewegten und aus dem heraus sie es akzeptierten, daß ihnen der Mord an Tausenden Männern, Frauen und Kindern befohlen wurde, war eben sehr spezifisch für das nationalsozialistische Deutschland; die allgemeine Gewaltdisposition erhielt eine spezifische weltanschauliche und politische Aufladung und Enthemmungsdynamik.

Es ist unübersehbar, daß, von welchem Forschungsansatz man sich dem Prozeß der Ingangsetzung des Völkermords auch nähert – ob von den Konzepten der Bevölkerungsplaner, vom Scheitern der Deportationspläne, von der Untersuchung der Vorgänge in einzelnen Besatzungsgebieten oder von der Analyse der Motive der nationalsozialistischen »Di-

rektäter« her – sich die offenen Fragen immer in eine ähnliche Richtung bewegen: In welchem Verhältnis stehen ideologische Faktoren wie Rassismus und Judenhaß zu zweckbezogenen, »rationalen« Motiven wie wirtschaftlicher Modernisierung oder Nahrungsmittelknappheit? Welche Bedeutung kam in diesem vielfältigen Geschehen dem Antisemitismus bei? Wie verbanden sich individuelle und situative Motive der Täter und Verantwortlichen mit einer allgemeinen, gegen die Juden gerichteten Dynamik der Gewalt? Welche ideologischen Vorstellungen und politischen Zielsetzungen trieben insbesondere die Kommandeure der Einsatzgruppen und, damit zum Teil personalidentisch, die Führung von Sicherheitspolizei und SD? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der weiteren Überlegungen. Zunächst soll die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland allgemein näher betrachtet werden, dann vor allem bei den Führungsgruppen von Polizei und SS; und schließlich werden anhand einiger Fallbeispiele die Verbindungen zwischen ideologischen und außerideologischen Faktoren bei der Ingangsetzung des Völkermords diskutiert.

II.

Daß der in Deutschland grassierende Antisemitismus ein wesentlicher, womöglich der entscheidende Faktor bei der Ingangsetzung der Mordpolitik der Nationalsozialisten gewesen sei, war in der Forschung bis in die sechziger Jahre hinein weithin unumstritten. Über das Ausmaß und die Bedeutung der antijüdischen Einstellung in der deutschen Bevölkerung allerdings bestand wenig Klarheit. Zwar war unübersehbar, daß sich antijüdische Einstellungen vor allem seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts wieder auszubreiten begannen, zunächst in den relativ kleinen Antisemiten-Parteien, dann in den rasch an Einfluß gewinnenden nationalistischen Verbänden – vom Bund der Landwirte über die Alldeutschen bis hin zum Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Diese Entwicklung verstärkte sich noch während des Ersten Weltkrieges und insbesondere danach, als die radikal-antisemitischen Bünde und Parteien starken Zulauf verzeichneten – der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund etwa, mit mehr als 200 000 Mitgliedern.³⁸ Aber

³⁷ Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, S. 285–312; zur Kritik vgl. Brownings Beitrag in diesem Band.

³⁸ Shulamit Volkov: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990; dies.: Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994; Werner Jochmann: Gesell-

es schien auch so, als sei dieser Aufschwung der radikalen Judenhasser nur von kurzer Dauer gewesen. Seit Mitte der 20er Jahre verlor das Thema offenbar an öffentlichem Interesse; in der Wahlpropaganda der aufstrebenden Nationalsozialisten stand der Antisemitismus seit 1930 gar eher am Rande.³⁹ Aus diesen Beobachtungen entwickelte sich seit den 70er Jahren bei vielen Historikern die Auffassung, daß der Antisemitismus in Deutschland während der Weimarer Jahre eher eine Randerscheinung gewesen sei. Die radikalen völkischen Gruppen hätten keine Massenwirksamkeit errungen, und der Nationalsozialismus sei nicht wegen, sondern trotz seiner antisemitischen Parolen an die Macht gelangt, die in erster Linie als Ausdruck sozialer Verwerfungen anzusehen seien, als gewissermaßen ungelenkte Protesthaltung gegenüber erlittener oder befürchteter sozialer Deklassierung und nicht als langwirkende politische Grundeinstellungen.⁴⁰

Untersuchungen jedoch, die uns schlüssig über die Verbreitung und Bedeutung antijüdischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung in den 20er und 30er Jahren informieren könnten, gibt es nicht. Auch hier gilt, daß die langjährige wissenschaftliche Vernachlässigung dieses Themenbereichs in der Gegenbewegung zu radikalen Pendelbewegungen in die andere Richtung führt. Aus der Vorstellung, daß der Antisemitismus in den Weimarer Jahren eine »Randerscheinung« gewesen sei, entwickelt sich auf diese Weise die These, daß die gesamte deutsche Gesellschaft mit einem auf »Elimination« abzielenden Antisemitismus infiziert gewesen sei – beide Thesen, auf der gleichen, eingeständenermaßen ganz unzureichenden empirischen Grundlage.

Faßt man den Forschungsstand zusammen, so ergibt sich etwa das folgende Bild:⁴¹ Es gab einen gewissen Bodensatz an radikalen Judenhasser-

schaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988; Uwe Lohalm: Völkischer Radikalismus: Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1919–1923, Hamburg 1970; Helmut Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

³⁹ Gerhard Paul: Aufstand der Bilder: Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1992, S. 85–88, 144 f., 236–239.

⁴⁰ Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933, Berlin 1989, S. 321–360; Martin Broszat: Die Machtergreifung: Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1994, S. 70 ff.

⁴¹ Saul Friedländer: Nazi Germany and The Jews. The Years of Persecution, 1933–1939, Bd. 1, New York 1997; Moshe Zimmermann: Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997, S. 9–45; Daniel L. Niewyk: The Jews in Weimar Germany, Louisiana 1980; ders.: Solving the »Jewish Problem«: Continuity and Change in German Antisemitism, 1871–1945, in: Leo Beck Year Book 35 (1990), S. 335–370; Überblick bei Heinrich August Winkler: Die deutsche Gesellschaft der Wei-

ern, die vor allem in der Frühphase der Weimarer Republik auf sich aufmerksam machten. Sie rekrutierten sich zum einen aus den alten Antisemitenverbänden, und Namen wie Pudor oder Fritsch stehen auch hier wieder ganz vorn, zum anderen gewannen sie Zulauf aus den Anhängern der traditionellen Rechten sowie vor allem von jungen, politisch noch ganz ungebundenen Leuten, deren Enttäuschung, Verbitterung und Unverständnis gegenüber den Ereignissen in den Jahren 1918 bis 1920 durch die Orientierung auf eine definierbare Gruppe als biologischer Verkörperung der als katastrophal empfundenen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nun eine einfache und wirksame Entlastung fand. Seit den frühen 20er Jahren und dann vor allem seit den frühen 30er Jahren wurden NSDAP und SA zu Sammelbecken dieser Kräfte.

Gleichwohl ist dabei doch festzuhalten, daß es zu Akten körperlicher Gewalt gegen Juden in den frühen Weimarer Jahren nur in vergleichsweise wenigen Fällen kam. Auch in den Jahren zwischen 1930 und 1933 hat es zwar verschiedentlich Übergriffe gegen Juden – als Juden – gegeben. Aber auch dies waren eher Ausnahmen, und sie erreichten bei weitem nicht jene Formen der Gewalttätigkeit, wie sie zu dieser Zeit etwa zwischen KPD und NSDAP nahezu alltäglich waren.⁴² Kennzeichnend für die 20er Jahre waren auf dieser Ebene vielmehr ausgreifende Diffamierungs- und Schmähungskampagnen, deren bekannteste jene im Zusammenhang mit den Publikationen über die »Verschwörung der Weisen von Zion« oder die Ritualmordpropaganda waren, sowie nächtliche Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Synagogen – keine vereinzelt Vorkommnisse, aber eben auch das Gegenteil eines offensiv und aggressiv auftretenden Antisemitismus.⁴³ Als Täter wurden hierbei in der Regel Jugendliche festgestellt, und nur bei einem Teil waren direkte Zusammenhänge zur politischen Rechten nachweisbar. Allerdings verweisen ja gerade Friedhofsschändungen nicht auf bewußte politische Aktionen, sondern auf unterschwellig wirksame Todesphantasien, auf ein

marer Republik und der Antisemitismus, in: Bernd Martin/Ernst Schulz (Hg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 271–289; Trude Maurer: Die Juden in der Weimarer Republik, in: Dirk Blasius, Dan Diner (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt a. M. 1991; vgl. jetzt A. Kauders: German Politics and the Jews – Düsseldorf and Nürnberg 1910–1933, Oxford 1996.

⁴² Ich folge hier den Ergebnissen der Studie von Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt in der Weimarer Republik, Diss. Freiburg 1997, ersch. Berlin 1998.

⁴³ Norman Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969; Jeffrey Sammons: Die Protokolle der Weisen von Zion, Göttingen 1995.

tabuisiertes und nur in nächtlichen, heimlichen Aktionen sich entladendes antijüdisches Aggressionspotential. Insofern kann man solche Erscheinungen womöglich als Symptome nur notdürftig unterdrückter Gewaltphantasien gegenüber den als fremde, mystische Macht wahrgenommenen Juden deuten.

Man darf solche Entwicklungen nicht geringschätzen, aber es ist doch schwierig, von hier aus eine direkte Verbindung zur antijüdischen Politik des Nationalsozialismus, insbesondere nach 1938, zu ziehen. Die radikalen, gewaltbereiten Antisemiten blieben während der Weimarer Jahre insgesamt eine Randgruppe – sie waren gewiß nicht unbedeutend, aber ihr krakeelendes, von Ausschreitungen begleitetes Auftreten traf doch in der Öffentlichkeit, zum Teil sogar innerhalb der NSDAP, auf zuweilen indignierte Ablehnung. Gleichwohl ist es vermutlich richtig, das sich hier entladende Gewaltpotential als Ausdruck weiter verbreiteter Gewaltbereitschaft gegenüber den Juden zu verstehen, die aber in den Weimarer Jahren durch gesellschaftliche Ächtung und gerichtliche Verfolgung eingedämmt wurde – ein Potential, das erst bedeutsam werden würde, wenn diese Ächtung und Eindämmung wegfallen sollte.

Weitaus bedeutender hingegen waren jene wie schon im Kaiserreich, so auch und noch verstärkt während der Weimarer Jahre verbreiteten Formen eines eher passiven Antisemitismus, der durch die Entwicklung während des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit neue Nahrung erhalten hatte, sich aber nicht in offener Feindseligkeit oder Straßenkrawallen äußerte. Daß die Juden einen Fremdkörper im deutschen Volke darstellten, daß sie besonders unangenehme Eigenschaften besäßen, daß sie mit den Feinden Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg in Verbindung stünden, daß sie die Presse beherrschten und sich am Krieg ebenso wie an Inflation und Wirtschaftskrise bereichert hätten – das war die Überzeugung vieler in Deutschland; und es ist nicht ausgeschlossen, daß, nimmt man die verschiedenen Schattierungen der Judengegnerschaft zusammen, sie schon vor 1933 in Deutschland eine Mehrheit stellten. Das trifft zum einen auf die Anhänger und Wähler der NSDAP zu. Zwar waren gewiß nicht alle und vielleicht nicht einmal die Mehrheit der NSDAP-Wähler Antisemiten – aber sie waren doch bereit, die von der Naziartei angekündigte Entrechtung der Juden zu akzeptieren, ja blindlings mitzutragen, wenn ihnen selbst nur Brot und Arbeit geboten

würde.⁴⁴ Auch in der Deutschnationalen Volkspartei war ein deutlicher, auf dem rechten Flügel sogar radikaler Antisemitismus notorisch; selbst in Stresemanns DVP war diese Einstellung nicht selten – nicht anders in den großen Wehrverbänden wie dem Stahlhelm und, besonders ausgeprägt, in der protestantischen Kirche.⁴⁵ Im Jahre 1924 führte der »Stahlhelm« für seine knapp 400 000 Mitglieder den »Arierparagraphen« ein – Juden, selbst hochdekorierte Frontkämpfer, durften keine Mitglieder sein. Nicht anders beim Jungdeutschen Orden mit 200 000 Mitgliedern, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband mit 400 000 Mitgliedern, dem Reichslandbund mit einer Million Mitgliedern, den Deutschen Burschenschaften, dem Deutschen Turnerbund und vielen anderen Organisationen.⁴⁶

Dies war gleichwohl kein eigentlich fanatischer, aggressiver Antisemitismus. Im Gegenteil, er konstituierte sich geradezu dadurch, daß er sich vom vielgescholtenen »Radauantisemitismus« distanzierte, sei es bei den voyeuristischen Kampagnen über Ritualmord oder Mädchenhandel der Juden, sei es bei Friedhofschändungen oder Krawallen. Je deutlicher die Kritik an solchen Exzessen, desto überzeugter konnte man auf die eigenen seriösen Absichten, auf die tatsächliche Existenz einer vermeintlich »ungelösten Judenfrage« verweisen. Er war zudem nicht klar auf ein bestimmtes Ziel, eine bestimmte »Lösung« orientiert, schon gar nicht einvernehmlich auf jene einer »Elimination« der Juden, wenngleich vielerlei derartiger Überlegungen und Konzepte zirkulierten,⁴⁷ ohne aber in auch nur vorstellbare Politikprogramme umsetzbar gewesen zu sein. Dieser Antisemitismus war nicht aktiv, sondern reaktiv. Aber er reichte doch allemal hin, um – bei aller Kritik an »Übertreibungen« – selbst ein radikales Vorgehen gegen die Juden zu akzeptieren, als solches dann,

⁴⁴ Zur Bedeutung des Antisemitismus in der NSDAP vor und nach 1933 fehlen eingehendere Untersuchungen; vgl. Peter Pulzer: *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, Cambridge, Mass., 1988.

⁴⁵ Vgl. Werner Jochmann: *Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1923*, in: Ders.: *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland*, Hamburg 1988, S. 99–170; Otto D. Kulka/P. R. Mendes-Flohr (Hg.): *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism*, Jerusalem 1987; Kurt Nowak/Gérard Raulet (Hg.): *Protestantismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M./New York 1994; Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder: *Juden – Christen – Deutsche*, Bd. 1: 1933–1945, Stuttgart 1990.

⁴⁶ Werner Jochmann: *Der Antisemitismus und seine Bedeutung für den Untergang der Weimarer Republik*, in: Ders., *Gesellschaftskrise*, S. 171–194.

⁴⁷ Vgl. nur etwa Daniel Fryman (i. e. Heinrich Claß): *Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Leipzig 1912.

nach 1933, eben nicht von grölenden Radauantisemitern, sondern von der Regierung und auf »gesetzlichem Wege« besorgt wurde. Und in dem Maße, wie sich diese Akzeptanz ausweitete, wuchs wohl auch die Überzeugung, daß es mit der Verfolgung der Juden schon seine Richtigkeit haben müsse, denn wer so bestraft werde, könne doch gewiß nicht ganz unschuldig sein.

Aber es gab, vor 1933, eben auch Gegenkräfte; nahezu ebenso stark wie die Antisemiten selbst und diese heftig und ohne Umschweife bekämpfend – vor allem bei den Arbeiterparteien, aber auch bei Katholiken oder Linksliberalen. Wie stark verbreitet der Antisemitismus vor 1933 auch immer gewesen sein mag – ob bei 30, 40 oder 50 % der Bevölkerung – immer stand ihm auch entschiedene Ablehnung gegenüber. Der wichtigste Punkt hierbei wird häufig übersehen: Die Weimarer Republik war ein Rechtsstaat. Gewiß gab es, auch gegenüber Juden, Skandalurteile, in denen die Sympathie mit den Antisemiten deutlich durchklang – aber daraus entwickelten sich eben Skandale; sie waren die Ausnahme, nicht die Norm. Die Anrufung der Gerichte bei Übergriffen, Beleidigungen oder Schmäpropaganda blieb bis zum Ende der Republik das wichtigste Gegenmittel der jüdischen Organisationen gegen die Antisemiten, und der Central-Verein wurde nicht müde, dieses Instrument auch zu nutzen, durchaus nicht ohne Erfolg.⁴⁸

Der zweite Faktor war die Öffentlichkeit. Im Verlaufe der Weimarer Jahre gab es mehrfach regelrechte Empörungswellen gegen den Antisemitismus in allen Blättern von der seriösen Rechten bis zur Linken – nach den Krawallen im Berliner Scheunenviertel zum Beispiel, nach dem Rathenau-Mord, nach den sich im Jahre 1924/25 häufenden Friedhofsschändungen, nach Übergriffen von SA-Leuten auf Juden, insbesondere nach dem von der Berliner NSDAP unter Graf Helldorf organisierten sogenannten »Kurfürstendammkrawall«.⁴⁹ Und nicht zuletzt daran knüpfte sich die Hoffnung, ja die Überzeugung zahlreicher deutscher Juden, daß der Antisemitismus historisch gesehen ein allmählich absterbendes Überbleibsel aus finsterner Vergangenheit und dadurch gewissermaßen ohne Zukunft sei.⁵⁰

48 Hierzu im einzelnen Walter, Antisemitische Kriminalität.

49 Vgl. Ted Harrison: Der »Alte Kämpfer« Graf Helldorff im Widerstand, in: VIZ 3 (1997), S. 385–424, insb. S. 391 f.

50 »Phantastisches Mittelalter: »Wir« – die bedrohte Judenheit. Ich empfinde eigentlich mehr Scham als Angst, Scham um Deutschland. Ich habe mich wahrhaftig immer als Deutscher gefühlt.

In diesem zukunfts gewissen Optimismus trafen sich die politisch meist ja doch eher gemäßigt orientierten deutschen Juden übrigens mit der Beurteilung der Bedeutung des Antisemitismus durch die Linke, vor allem durch die linken Intellektuellen. In der »Weltbühne« etwa waren Antisemitismus und Antisemiten Gegenstand beißenden Spotts und allenfalls kopfschüttelnder Verachtung; als die gefährlichen Aspekte der radikalen Rechten in Weimar wurden Militarismus und die Verbindung mit den traditionellen Eliten angesehen – der organisierte Judentum besaß demgegenüber eher etwas Debil-Folkloristisches.⁵¹ Für die Wirksamkeit und Suggestivkraft rechtsradikaler Ideologien hingegen besaß die Linke kein analytisches Instrumentarium. Das minderte nicht die Ablehnung des Antisemitismus, aber es verdeutlicht das Ausmaß seiner Unterschätzung. Das mag man heute verwunderlich finden. Aber betrachtet man die Aussagen so bedeutender und kritischer Köpfe wie Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky zum Antisemitismus, so gewinnt man den paradoxen Eindruck, daß je klüger die Beobachter waren, desto mehr unterschätzten sie die politische Bedeutung des Antisemitismus.

Seit 1933 aber, dies ist eine zwar simple, aber wichtige Feststellung, konnte der Anti-Antisemitismus öffentlich nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. Zwar gab es manche Formen, in denen man seinen Abscheu gegen jüdenfeindliche Maßnahmen nach wie vor privat manifestieren konnte – durch ostentatives Grüßen jüdischer Bekannter, durch Aufrechterhaltung alter Kontakte bis hin zu direkter, nach einigen Jahren durchaus nicht risikoloser Hilfe – aber eben: privat, nicht öffentlich; während die öffentliche Ebene den verschiedenen Schattierungen des Antisemitismus vorbehalten blieb. Gleichwohl ist die Vorstellung, daß ein erheblicher Teil derer, die sich vor 1933 gegen den Antisemitismus ausgesprochen hatten, diese Haltung nun änderte und zu Antisemiten mutierte, wenig glaubhaft.⁵² Aber es war eben seit 1933 verpönt, sich öf-

Und ich habe mir immer eingebildet: 20. Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anderes als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum.« Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 2 Bde., Berlin 1995, Bd. 1: 1933–1941, S. 15 (Eintragung v. 30. März 1933).

51 Vgl. etwa die Artikelserie zum »Grotesk- oder Pöbelantisemitismus« von Arnold Zweig in der Weltbühne Nr. 15, 1919 ff. In den Augen der Antisemiten sei der Jude ein »amüsan-schauerliches Märchenvieh« und der arische Siegfried ruhe nicht eher, bis »am deutschen Wesen die verjudete Welt genesen [sei]. Kurzum: wir haben es mit den ewigen Pubertätsträumen unreifer, magenüberladener Dahn- und Wagner-Schwärmer zu tun, denen es ein Hochgefühl ist, gegen den selbstgeschaffenen Popanz zu kämpfen und dabei das eigene Wesen bis ins Widerliche umzulügen.« Nr. 15, 1919, S. 384 f.

52 David Bankier: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat: Die »Endlösungs« und die Deutschen,

fentlich *gegen* die Unterdrückung der Juden auszusprechen; Übergriffe auf Juden wurden nicht mehr verfolgt, sondern von der neuen Regierung zugelassen, ja gebilligt. Die Diskriminierung der Juden war nicht länger verboten, sondern sie wurde dekretiert. Die Antisemiten beherrschten das Feld, und da sie eben keine kleine Minderheit darstellten, war es nicht einfach, sich öffentlich dagegen auszusprechen oder gar handelnd tätig zu werden.

In den vergangenen Jahren sind zahlreiche neue Untersuchungen erschienen, die zeigen, daß zum einen die Unterstützung der Politik des NS-Regimes insgesamt in der deutschen Bevölkerung doch wohl um einiges größer war, als dies lange Zeit für möglich gehalten wurde – ob sich dies auf die Zustimmung zur Kriegspolitik des NS-Regimes bezog, die nach dem Sieg über Frankreich ihren Höhepunkt erfuhr, oder auch auf die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber einzelnen marginalisierten Gruppen, etwa den »Zigeunern«, den Homosexuellen oder den ausländischen Zwangsarbeitern. Das lange Zeit für gültig gehaltene Bild von »Verführung und Gewalt« als den beiden zentralen Kategorien, die das Verhalten des Regimes gegenüber der deutschen Bevölkerung kennzeichnen, ist nicht haltbar. Deutlich wird vielmehr, daß sich selbst bei jenen, die vor 1933 die Nazis abgelehnt hatten, Elemente der Ablehnung neben solche der Zustimmung zu schieben begannen; nicht zuletzt beeindruckt durch die vermeintlich so außerordentlich erfolgreiche Wirtschafts-, Außen- und Kriegspolitik des Regimes.⁵³

Dies scheint sich, den verfügbaren Quellen zufolge, aber nur in geringem Umfang auch auf die nationalsozialistische Judenpolitik ausgedehnt zu haben. Allerdings, das wird dabei oft übersehen, stand die antijüdische Politik des Regimes zwar in der Öffentlichkeit der Staaten des Westens im Mittelpunkt der Sorge und der Diskussionen, nicht aber in Deutschland. Das wird nicht zuletzt auch in den erhaltenen Unterlagen aus der Arbeiterbewegung deutlich, etwa den Analysen der Exil-SPD oder den Berichten der KPD. Die Linke sah die Diskriminierung der Juden wohl und vermerkte sie auch. Aber sie hielt sie für Erscheinungsformen einer anders strukturierten Gewalt, nicht für Manifestationen ihrer selbst. Im Sommer 1938 war man als Nazigegner höchst beunruhigt we-

eine Berichtigung, Berlin 1995; anders zuvor Daniel L. Niewyk: *Socialist, Anti-Semite and Jew*, Baton Rouge 1971.

⁵³ Vgl. Ulrich Herbert: *Arbeiterschaft im »Dritten Reich«*, in: Ders., *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung*, S. 79–119.

gen der politischen Unterdrückung im Lande und der manifesten Kriegsgefahr. Die Judenverfolgung wurde demgegenüber in ihrer Bedeutung massiv unterschätzt; wenn überhaupt, dann wurde sie als Symptom für die Gewaltbereitschaft des Regimes oder als Versuch der Einschüchterung der Arbeiterschaft angesehen – und mindestens bis zum November 1938 nicht als eigenständiger und höchst dynamischer politischer Faktor.⁵⁴

In der Mitte der Gesellschaft war diese Ausblendung oder Ignorierung der antijüdischen Politik des Regimes noch viel ausgeprägter – und zwar in dem Maße zunehmend, wie die Unterstützung der Politik des NS-Regimes durch die deutsche Bevölkerung anstieg. Die Judenpolitik des Regimes war in den breiten Kreisen der Bevölkerung vermutlich nicht populär. Aber sie war auch kein vorrangiges oder zentrales Thema; denn es gab doch vieles, weswegen man Hitler und den Seinen auch »Fehler« oder »Übertreibungen« in anderen Bereichen nähzusehen bereit war. Angesichts der Dauerserie politischer Großereignisse und der virulenten wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung der meisten Deutschen schien die Politik des Regimes gegenüber den Juden ein wenn auch nicht schöner, so doch aber marginaler, womöglich unvermeidlicher – im Verhältnis zu den Erfolgen der Nazis aber jedenfalls nachrangiger Aspekt zu sein. Diese Gleichgültigkeit, die Bereitschaft, die Verfolgung der Juden hinzunehmen, sie als unwichtig zu ignorieren – dies kennzeichnete die Haltung der »gewöhnlichen Deutschen« gegenüber den Juden in diesen Jahren offenbar mehr als alles andere.⁵⁵ Sie verweist darauf, daß die allgemeinen Prinzipien einer, wie man heute sagen würde, zivilen Gesellschaft – Schutz des Individuums, Universalität der Menschenrechte, Minderheitenschutz – in Deutschland nur wenig verwurzelt waren. Für jedermann offensichtlich trat dies nach den Pogromen des 9. November 1938 zutage. Zwar gab es viel Kritik an den sogenannten »Ausschreitungen« in dieser Nacht, aber das Regime war davon keineswegs beun-

⁵⁴ Vgl. *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschland*, Frankfurt a. M. 1980, »Sopade-Berichte«, bspw. Dezember 1938.

⁵⁵ Vgl. zum Gesamtproblem die Beiträge in Wolfgang Benz (Hg.): *Die Juden in Deutschland, 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988; Ursula Büttner (Hg.): *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992; Ian Kershaw: *The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich*, in: Leo Baeck Institute Year Book 26 (1981), S. 261–289; ders.: *Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgungen*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, hg. v. Martin Broszat u.a., Bd. 2, München 1979, S. 281–348.

ruhigt, ganz anders als im Fall der anwachsenden Kritik gegen die Praxis der Tötung von Geisteskranken eineinhalb Jahre später.⁵⁶ Der Unterschied liegt auf der Hand: Am Schicksal der eigenen Verwandten nahmen die Deutschen sehr wohl Anteil, auch wenn es sich um Behinderte handelte; und das Regime sah sich gezwungen, angesichts der lautwerdenden Proteste sein Vorgehen zu ändern und jedenfalls abzumildern. Ganz anders gegenüber den Juden. Als im Herbst 1938 für jedermann offensichtlich wurde, zu welchem Ausmaß an Gewalt die Politik gegenüber den Juden in der Lage und bereit war, kam es zu nichts Vergleichbarem. Die geäußerte Kritik bezog sich vielmehr vor allem auf den Krawall, den »plebejischen« Charakter, auf die Form der Ausschreitungen am 9. November und – geradezu stereotyp – auf die »unnötige Vernichtung von Werten«. Von den 91 ermordeten Juden jedoch sprach kaum einer, und auch als die Gerichtsverfahren gegen die Mörder ohne Ausnahme niedergeschlagen wurden, gab es weder Nachfragen noch Kritik; weder in der Justiz noch im Publikum. Als das Regime nach den Pogromen die Form der antisemitischen Politik modifizierte und statt der Ausschreitungen des Straßenmobs eine stille, gesetzförmige, gleichwohl im Ergebnis noch verschärfte Politik gegen die Juden begann, die durch die Inhaftierung von mehr als 20000 jüdischen Männern in Konzentrationslagern nach dem 9. November eingeleitet wurde, begann sich die Aufregung schnell zu legen. Die Ermordung der Juden, so lautete das Signal dieser Ereignisse an die Regimeführung, stieß auf keine rechtlichen Gegenmaßnahmen mehr. Und von der deutschen Bevölkerung war, vermied man nur öffentliches Aufsehen, Aufruhr und Sachbeschädigung, offenkundig außer Gleichgültigkeit nichts zu erwarten.⁵⁷

56 Vgl. Hans-Walter Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens«, 1890–1945, Göttingen, S. 211 ff. Henry Friedlander: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997, S. 191 ff.

57 Friedlaender, Nazi Germany and The Jews, S. 269–305; Ulrich Herbert: Von der »Reichskristallnacht« zum »Holocaust«, Der 9. November und das Ende des »Raduantisemitismus«, in: Ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 137–156; Hermann Graml: Reichskristallnacht, Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 9–38.

III.

Eine relativ kleine, sehr radikale, aber aktivistische Bewegung gegen die Juden, eine nicht minder starke Bewegung gegen den Antisemitismus und bei allen Mängeln doch funktionierende Systeme der Rechtsprechung und der Öffentlichkeit, die die Juden bis 1933 schützten, sowie ein großes Feld des passiven Antisemitismus – diese Entwicklung finden wir in der gesamten Gesellschaft der Weimarer Jahre. Aber es gab einen Bereich, in dem sich der radikale Antisemitismus schon früh durchsetzte, nur sehr wenig Opposition fand und durchgehend bis 1933 und natürlich darüber hinaus bestimmend blieb; und das waren ausgerechnet die Universitäten, mithin derjenige Ort, an welchem jene Generation ausgebildet wurde, die während der NS-Zeit und vor allem während der Kriegsjahre in die Führungspositionen von Staat und Gesellschaft aufrückte.⁵⁸ Mit dem »Deutschen Hochschulring« wurde bereits 1921 an den Universitäten ein Verband tonangebend, in welchem sich ein Großteil der traditionellen studentischen Verbindungen zusammengeschlossen hatte und in dem sich bereits nach kurzer Zeit die radikale, und das hieß: die rassenantisemitische Richtung durchgesetzt hatte. Der Hochschulring errang in diesen Jahren im Durchschnitt mehr als zwei Drittel der Sitze in Studentenparlamenten der deutschen Universitäten – wobei die »Judenfrage« kein Randthema war, sondern im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen stand. Das Ziel des Hochschulrings, Studenten jüdischer Abstammung (nicht: Konfession) aus dem Verband der *deutschen* Studenten auszuschließen, und mithin an den Universitäten als erster staatlicher Institution das Staatsbürgerprinzip zu durchbrechen und die Juden unter Fremdenrecht zu stellen, wurde vom preußischen Staat zwar abgelehnt. Bei einer Urabstimmung im Jahre 1926 entschieden sich, bei hoher Beteiligung, aber 77 % der preußischen Studenten für die Beibehaltung der die Juden ausschließenden Mitgliedsformel.⁵⁹

58 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996; ders.: »Generation der Sachlichkeit«. Die Völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre, in: Ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 31–58; zum Folgenden auch Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995.

59 Vgl. Herbert, Best, S. 68f. Zum Verfassungsstreit der Deutschen Studentenschaft vgl. Wolfgang Zorn: Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931, in: Kurt Stephanson u. a. (Hg.): Darstellung und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, Bd. 5, Heidelberg 1965, S. 223–307.

Der sich hier an den deutschen Universitäten ausbreitende Antisemitismus der völkischen Studentenbewegung war radikal und rassistisch; aber zugleich ausgesprochen elitär und strikt gegen den »dumpfen Radauantisemitismus« gerichtet. Nicht mit Pogromen und Ausschreitungen, sondern durch das Hinausdrängen aller Juden aus Deutschland mit Hilfe von Fremdenrecht und staatlichen Maßnahmen sollte das »Judenproblem« in kurzer Zeit »gelöst« werden – ebenso radikal wie »sachlich«, das war die hier verbreitete Devise.

In diesem Denkansatz symbolisierte die Judenheit die Ursachen und Hintergründe für den beispiellosen und weder akzeptierten noch verstandenen Abstieg Deutschlands während des Krieges und danach. Sie verkörperte die Prinzipien des Feindes wie Universalismus und Internationalismus, denen Deutschland zum Opfer gefallen sei. Die politische Entwicklung in den Jahren nach dem Kriege wirkte daher für viele wie eine empirische Bestätigung all dessen, was die radikale Rechte in Deutschland lange Jahre vor dem Kriege postuliert hatte: Die internationalistischen Kräfte im Innern und die universalistisch gesinnten Mächte in der Welt seien gemeinsam die größte Bedrohung für Deutschland und die Deutschen, und das Judentum sei der »rassische« Ausdruck ebendieser Verbindung.

Solche Konstrukte, wie sie sich in den Schriften der studentischen Rechten der 20er Jahre wieder und wieder finden, machen deutlich, daß derjenige, der auf der Suche nach dem radikalen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft nur nach wilden Fanatikern Ausschau hält, wohl eine falsche Vorstellung hat. Der universitäre, studentische Antisemitismus war seit den frühen 20er Jahren ein bedeutender und an Bedeutung wachsender Faktor der politischen Öffentlichkeit in Deutschland – und dies auch deshalb, weil er als Verbindung zwischen dem gesellschaftlich akzeptierten passiven Antisemitismus und den radikal judenfeindlichen völkischen Extremisten fungierte. Der radikale, rassenantisemitische Ansatz gewann auf diese Weise so etwas wie eine seriöse Reputation und bezog sich nun nicht länger mehr allein auf die auch bei den völkisch-radikalen Studenten verachteten Schmä- und Pogromantisemiten.

Unmittelbar zu greifen ist dieser Zusammenhang beim Führerkorps von Sicherheitspolizei und SD, das wir als Kerngruppe des Genozids erkennen können – jene Männer, die nach Kriegsbeginn in den von Deutschland eroberten Ländern Polizei und Einsatzgruppen leiteten, für die Ingangsetzung der Deportation und Ghettoisierung der Juden verant-

wortlich und seit dem Sommer 1941 mit der Organisation der Massensterbe selbst beauftragt waren. Etwa drei Viertel dieser einige hundert Männer umfassenden Gruppe – Referats- und Amtsleiter im RSHA, Chefs der Einsatzgruppen und -kommandos, Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD sowie die Leiter der regionalen Gestapostellen – gehörten zur Generation der zwischen etwa 1903 und 1915 Geborenen.⁶⁰

Vier Fünftel von diesen Männern besaßen Abitur, zwei Drittel eine abgeschlossene Hochschulausbildung, nahezu ein Drittel einen Doktorgrad, fast ausnahmslos in den Rechtswissenschaften. Das Führungskorps von Sicherheitspolizei und SD war mithin erheblich jünger als die Führungsgruppen in Verwaltung, Wirtschaft und Wehrmacht und deutlich gebildeter als diejenige der Partei, übrigens auch der allgemeinen und Waffen-SS sowie der Höheren SS- und Polizeiführer. Es handelt sich also um eine sowohl generationell wie sozial relativ homogene Gruppe. Sie entstammte nicht den Rändern oder dem Bodensatz der deutschen Gesellschaft, sondern eher ihrer Mitte und ihrem oberen Segment: der akademisch ausgebildeten bürgerlichen Jugend, die in den Jahren der Weimarer Republik politisch sozialisiert wurde.⁶¹

Charakteristisch für die meisten dieser Männer sind politische Aktivitäten im Rahmen einer oder mehrerer der zahlreichen völkisch-radikalen und nationalistischen Gruppierungen, Bünde, Parteien und Zirkel seit den frühen 20er Jahren. Sie hatten vor 1933 eine politische Sozialisation durchlaufen, welche generationelles Selbstbewußtsein und politischen Radikalismus – und das hieß vor allem: radikalen, rassistischen Antisemitismus – miteinander zu einem prägenden Weltbild verknüpfte.

Spätestens seit dem Beginn des Krieges erhielten diese Maximen für die Führung von Sicherheitspolizei und SD eine unerhörte Aktualität und bezeichneten eine Art von legitimatorischer Selbststilisierung der Führer der Einsatzkommandos und der Organisatoren der Massendeportationen, die in den Kategorien von Härte und »Sachlichkeit« sozialisiert worden waren und nun vor ihrer »Bewährungsprobe« standen. Dieser

⁶⁰ Zum Folgenden vgl. Herbert, Best, S. 191 ff.; ders.: Weltanschauungseliten. Ideologische Legitimation und politische Praxis der Führungsgruppe der nationalsozialistischen Sicherheitspolizei, in: Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien 9 (1997), Potsdam 1997, S. 4–18; Michael Wildt (Hg.): Die Judenpolitik des SD, 1935–1939, München 1995.

⁶¹ Dazu demnächst auch die Studie von Jens Banach (Hamburg) über die Zusammensetzung des Sipo-Führungskorps, die auf der Auswertung der Daten des bislang umfangreichsten Samples beruht.

Rückbezug des eigenen Handelns sicherte nicht nur gegenüber intervenierenden Stellen ab, sondern diente als Enthemmungs- und Entlastungsdiskurs auch der eigenen Rechtfertigung, indem das eigene Tun als notwendiges Mittel zu einem höheren Ziel erklärt wurde, dessen Berechtigung nicht mehr der Gegenstand der Reflexion war, sondern vorausgesetzt wurde und so die anerzogenen humanitären Prinzipien außer Kraft setzte. Hier zeigte sich, daß die weltanschauliche Aufladung einerseits, die mangelnde Konsistenz und das Fehlen wertbezogener Bindungen der ideologischen Doktrin andererseits eng verknüpft waren mit der symbolischen Verdichtung der Überzeugung zu einer »Haltung«, einer »Mentalität«, die es den einzelnen erlaubte, ohne Reflexion oder Diskussion, aber auch ohne Befehl im Moment der »Bewährung« das »Richtige« zu tun und dabei unter den sich bietenden Handlungsalternativen möglichst die jeweils radikalste zu wählen.⁶²

Das bedeutete nun nicht, daß alle oder auch nur die Mehrzahl der Einsatzgruppenführer sich um so elaborierte ideologische Feinheiten, wie sie hier ausgebreitet wurden, scherten, wenn sie mit ihren Einheiten mordend durch die besetzten Länder zogen. Aber der Rückbezug ihres Handelns auf ein postuliertes weltanschauliches Prinzip sicherte sie zum einen politisch gegenüber intervenierenden Stellen ab; diente aber zum anderen auch der Rechtfertigung gegenüber sich selbst und den eigenen Einheiten, indem das eigene Tun als notwendiges Mittel zu einem höheren Ziel erklärt wurde, dessen Berechtigung nicht mehr Gegenstand der Reflexion war, sondern vorausgesetzt wurde.

Nun ginge man allerdings fehl, wollte man annehmen, daß die hier vertretenen Vorstellungen ein klares politisches Ziel abgaben. Erst wenn man diese Faktoren einbettet in das Verständnis der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik als eines sich allmählich radikalierenden Prozesses, wird ihre Bedeutung offenkundig. Denn das Drängen zu immer radikaleren Optionen, um die zum größten Teil selbst geschaffenen Sachzwänge auszugleichen, das Drängen zu Maßnahmen, die noch ein Jahr zuvor undenkbar gewesen wären, verweist eben nicht auf eine wie automatisch ablaufende Tat, sondern setzt einen Prozeß der Enthemmung, der Legitimation bei jenen voraus, die hier in den verantwort-

lichen Positionen der Sicherheitspolizei tätig waren. Notwendige Grundlage einer solchen Entwicklung war also nicht die Existenz einer frühzeitig oder später formulierten Zielsetzung, daß alle Juden zu ermorden seien. Notwendig war vielmehr ein ideologisches Legitimationsgerüst, das in jedem Einzelfall die Option für eine humane Lösung verbot und alle Widerlager, seien sie pragmatisch begründet, politisch oder weltanschaulich, explizit zu beseitigen imstande war. Gerade wenn wir also den Prozeß der Inangasetzung des Genozids als einen der kumulativen Radikalisierung erkennen, stellt sich die Frage nach den weltanschaulichen Legitimations- und Motivationsfaktoren der verantwortlichen Täter um so schärfer, weil nicht die Hinarbeitung auf ein von vornherein bestimmtes Ziel nach Erklärung verlangt, sondern die stete und andauernde Bereitschaft, das eigene Handeln immer wieder aufs neue gegenüber anderen und sich selbst angesichts der vermeintlichen Zwangslagen als »hart, aber unumgänglich« darzustellen. Der Rekurs auf Weltbild und politische Mentalität der verantwortlichen Täter ersetzt nicht die Untersuchung des politischen Prozesses, sondern er konstituiert sie.

Auf welche Weise stehen nun aber die verschiedenen Schattierungen antisemitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung und bei den Weltanschauungseliten mit dem Geschehen des millionenfachen Massenmords selbst in Verbindung?

Diese Fragen sollen anhand einiger Beispiele, die allesamt aus neueren Arbeiten entnommen sind, näher untersucht werden.

Das erste Beispiel betrifft die sogenannte Arisierung. Der Hamburger Historiker Frank Bajohr hat in seinen Forschungen untersucht, wer in welcher Weise von der Wegnahme des Eigentums der Juden profitierte.⁶³ Für die Zeit vor 1939 ergibt sich, daß es außer dem Staat und den großen Banken insbesondere die unmittelbare Umgebung der enteigneten Juden, derer, die emigrierten, und derer, die in Deutschland blieben, war, die sich der Firmen und des Vermögens bemächtigte. Allein in Berlin gab es bis 1939 etwa 25 000 solcher Enteignungsfälle. Ganz unbekannt aber war, in welchem Ausmaß sich dies nach Kriegsbeginn fortsetzte. In Hamburg wurden bis 1945 mehr als 3000 Grundstücke, die Juden gehört hatten, als »Feindvermögen« konfisziert oder »arisiert«. Die Wohnun-

62 Vgl. Hermann Lübke: Rationalität und Irrationalität des Völkermordes, in: Hanno Loewy (Hg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek 1992, S. 83–92; Herbert, Best, S. 196 ff.

63 Frank Bajohr: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–45, Hamburg 1997.

gen der seit dem Herbst 1941 deportierten und dann in Polen oder der Sowjetunion sofort oder nach kurzer Zeit ermordeten deutschen Juden waren in Deutschland besonders begehrte Objekte.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang das Verhalten der Gauleiter, wie etwa des Hamburgers Karl Kaufmann, unter Hinweis auf den Wohnraummangel der »deutschen« Bevölkerung den »Führer« um die sofortige Deportation der Juden aus der jeweiligen Stadt oder der Region zu bitten. Betrachtet man die zeitliche Abfolge, so wird deutlich, daß Hitlers Entschluß zur Deportation deutscher Juden im September 1941 auch als Reaktion auf solche Interventionen zu bewerten ist. Hier wird die Verbindung von antisemitischen und zweckbezogenen Beweggründen der Protagonisten erkennbar. Im Klima des fortgesetzten Ausnahmezustandes während des Krieges begründet der Hinweis auf die Wohnraumknappheit in Deutschland die Forderung nach Deportation der Juden.⁶⁴ Andererseits waren die wenigen von Juden bewohnten Häuser und Wohnungen – in ganz Deutschland lebten zu dieser Zeit nurmehr weniger als 200 000 Juden; der von ihnen belegte Wohnraumbestand machte weniger als 0,3 % des Gesamtbestandes aus – nicht geeignet, das Wohnraumproblem in Deutschland tatsächlich zu lösen oder nur zu lindern. Insofern bedeutete die Forderung der Gauleiter nicht mehr als eine Scheinlösung, ein Aktivitätsnachweis auf Kosten einer ohnehin marginalisierten Gruppe. Der bei den NS-Führern notorische radikale Antisemitismus aber hatte die Hemmschwelle gegenüber den Juden bereits so weit gesenkt, daß auch ein nichtiger oder nur suggerierter Anlaß ausreichte, um zu Maßnahmen von einer Radikalität zu greifen, die anderen Gruppen gegenüber zur gleichen Zeit nicht einmal zu denken gewesen wären. Der Zugriff auf die Wohnungen stellte einen solchen nützlichkeitsbezogenen Anlaß dar, um die Deportation der Juden aus Deutschland »in den Osten« zu fordern. Aber es bedurfte offenbar auch solcher utilitaristischer Bezüge, um ein derartiges Vorgehen zu legitimieren.

Das Beispiel der »Arisierungen« in Hamburg zeigt aber auch die Öffentlichkeit des Geschehens. Im Hamburger Hafen wurde seit 1941 in riesigen Mengen der Hausrat der Juden aus Hamburg, dann aus ganz Deutschland, schließlich aus Westeuropa wöchentlich verkauft oder ver-

steigert: Vor allem die Nachfrage nach Pelzen, Teppichen, Stilmöbeln war groß. Aber auch einfache Textilien, Lampen, Geschirr, Kinderspielzeug wurden hier teilweise zu Schleuderpreisen verkauft. Insgesamt wurden allein in Hamburg während des Krieges 60 000 Tonnen Textilien und Mobiliar aus jüdischem Besitz angeboten. Insgesamt waren es mindestens 100 000 Hamburger, die bei den Versteigerungen des »Juden-guts« etwas erwarben. Daß diese Gegenstände Juden gehört hatten, war durchweg bekannt.

Ein gleiches gilt von den sogenannten »Pelzaktionen«. Den Juden im Osten wurden vor ihrer Erschießung oder Deportation in die Vernichtungsstationen warme, insbesondere Pelzmäntel abgenommen. Der größte Teil davon ging in die Schneidereien der Wehrmacht (die übrigens selbst vorwiegend mit jüdischen Zwangsarbeitern belegt waren). Ein kleinerer Teil kam ins »Reich« und wurde dort verteilt oder verkauft, insbesondere in den von Bombenangriffen heimgesuchten Städten. Und auch hier sprach sich schnell herum, von wem dies stammte. Die Enteignung zunächst der deutschen, dann der europäischen Juden war also kein geheimer, abgeschotteter Vorgang. Vielmehr vermochte ein nicht kleiner Teil der deutschen Bevölkerung davon durchaus zu profitieren. Es entstand daraus, ausweislich der darüber zur Verfügung stehender Quellen, keine Beunruhigung in der Bevölkerung. Gewiß wußten die meisten Deutschen nicht oder nicht genau, was sich da »im Osten« abspielte. Aber wohin gingen die Juden, in deren Wohnung man wohnte, deren Geschäft man übernommen hatte? Was war mit denen passiert, auf deren Sofa man saß, deren Pelzmantel man trug, in dem noch das Etikett »Modehaus Hirsch, Krakau« eingenäht war? Man wollte es nicht wissen, und man fragte besser nicht.

Die vorhandenen Quellen, vor allem die biographischer, subjektiver Natur, geben viele Hinweise auf das, was über das Schicksal der Juden »im Osten« ins Reich durchsickerte; wieviel und wieviel Genaueres auch die auf Urlaub zurückkehrenden Soldaten erzählten oder auch nur andeuten.⁶⁵ Aber es gibt fast gar keine Hinweise darauf, daß dies in Deutsch-

⁶⁴ Vgl. Peter Witte: Zwei Entscheidungen in der »Endlösung der Judenfrage«: Deportation nach Lodz und Vernichtung in Chelmo, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, S. 38–68.

⁶⁵ Vgl. Walter Manoschek (Hg.): »Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung.« Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen, Hamburg 1995; Hans Mommsen: Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?, in: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom vom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988, S. 176–200; Walter Laqueur: Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers »Endlösung«, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1981; als aufschlußreiches Einzelbeispiel vgl. Herbert und Sibylle

land irgendwie besorgte Reaktionen nach sich gezogen hätte. Den meisten war es angesichts der eigenen Sorgen wohl egal, vor allem, seit mit dem Krieg auch die eigenen Sorgen größer zu werden begannen. Warum sollte man sich, wo der Sohn oder der Vater im Felde und die Heimatstadt Bombenangriffen ausgesetzt war, um das Schicksal einer kleinen Gruppe kümmern, der, ob zu Recht oder nicht, seit jeher manches Böse zugeschrieben worden war und zu der man in der Regel kaum in näherem Kontakt stand? Die Politik gegen die Juden war vor und mehr noch während des Krieges für die deutsche Bevölkerung im Reich kein wichtiges Thema. Und der Vielzahl der eigenen Beobachtungen, der Berichte und Gerüchte über das, was da mit den Juden vor sich ging, *nicht* nachzugehen, sie *nicht* zu einem Bild zusammenzuformen und die naheliegenden Schlüsse daraus zu ziehen – das bezeichnet exakt den Prozeß der Verdrängung.

Mein zweites Beispiel bezieht sich auf Litauen; auf den Spätsommer und Herbst des Jahres 1941 und auf die Forschungen des Freiburger Historikers Christoph Dieckmann.⁶⁶

In der Stadt Kaunas lebten etwa 40000 Juden. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Deutschen begann ein furchtbares, in den Einzelheiten kaum zu schilderndes Gemetzel. Auf Veranlassung der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD jagten litauische Nationalisten die Juden durch die Stadt und erschlugen und erschossen Hunderte von ihnen. Die Deutschen brachten daraufhin etwa 7000 Juden in eine Kasernenanlage in der Stadt, das 7. Fort.⁶⁷ Die meisten von ihnen, durchweg Männer, wurden in den folgenden Tagen von den deutschen Polizeieinheiten sowie von litauischen Hilfspolizisten erschossen – mit der Begründung, es handele sich um jüdische Bolschewisten. Die überlebenden Männer sowie die Frauen und Kinder wurden in den folgenden Wochen in einem abgesperrten Viertel von Kaunas ghettoisiert. Acht Wochen später, Anfang September 1941, begannen die deutschen Behörden mit der Vorbereitung der Räumung eines Teils des Ghettos. Wie in den anderen Regio-

Obenaus (Hg.): Schreiben, wie es wirklich war. Die Aufzeichnungen Karl Dürkefeldens aus der Zeit des Nationalsozialismus, Hannover 1985.

⁶⁶ Vgl. Christoph Dieckmanns Beitrag in diesem Band; sowie ders.: Das Getto und das Konzentrationslager in Kaunas 1941–1944, in: Ulrich Herbert / Karin Orth / Christoph Dieckmann (Hg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur, ersch. Göttingen 1998.

⁶⁷ Vgl. die Darstellungen und Fotos dieser Pogrome bei Ernst Klee, Willi Dressen, Volker Riess (Hg.): Schöne Zeiten. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt am Main 1988.

nen in der besetzten Sowjetunion, sollten die als überflüssig deklarierten Juden erschossen werden – und zwar nun auch Frauen und Kinder.

Auf welche Weise der Völkermord an den Juden in der Sowjetunion in Gang gesetzt wurde, war lange Zeit umstritten. Daß die deutschen Einsatzgruppen zusammen mit anderen Polizeieinheiten nur wenige Tage nach Kriegsbeginn insbesondere in den baltischen Ländern mit Massenerschießungen jüdischer Männer begannen, schien darauf hinzudeuten, daß sie bereits mit konkreten Befehlen zum Massenmord an den Juden in die Sowjetunion geschickt worden waren.⁶⁸ Dieckmann kann aber zeigen, daß dies so nicht zutrifft. Der Auftrag der Einsatzgruppen und Polizeikommandos lautete vielmehr, die Sicherheit im Rücken der Front herzustellen – und die sei in erster Linie durch Kommunisten und Juden gefährdet, wobei der Bolschewismus als politischer Ausdruck der Herrschaft des Judentums angesehen wurde. Die ersten Massenerschießungen jüdischer Männer im Juli 1941 wurden mit dieser Begründung begonnen, von der die Führer dieser Einheiten offenbar auch selbst überzeugt gewesen zu sein scheinen. Die jüdischen Männer wurden, um es zuzuspitzen, in dieser Situation also ermordet, weil die Führer der deutschen Polizeieinheiten davon überzeugt waren, daß die Juden die Sicherheit der deutschen Besatzungsmacht bedrohten. Dabei kam es nicht darauf an, daß dies tatsächlich nachgewiesen wurde, sondern es wurde als feststehende, nicht weiter zu belegende Tatsache angenommen. Mit den Juden im Osten, das entsprach der verbreiteten antisemitischen Grundüberzeugung, mußte ohnehin irgend etwas geschehen; die Hemmschwelle ihnen gegenüber war bereits auf denkbar niedrigem Niveau. Aber es bedurfte eines situativen Anlasses, um Handlungen wie Massenerschießungen auszulösen und zu legitimieren.

Im Gefolge einer Rundreise Himmlers zu seinen Polizei- und SS-Einheiten in den besetzten Gebieten der nördlichen Sowjetunion begannen Einsatzgruppen und Waffen-SS seit Mitte August 1941 auch mit der systematischen Ermordung der jüdischen Frauen und Kinder.⁶⁹ Für diesen Schritt waren vermutlich zwei – einander nicht ausschließende – Fakto-

⁶⁸ Vgl. die Debatte in Jäckel / Rohwer, Der Mord an den Juden; Peter Longerich: Vom Massenmord zur »Endlösung«. Die Erschießung von jüdischen Zivilisten in den ersten Monaten des Ostfeldzuges im Kontext des nationalsozialistischen Judenmords, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«, München 1991; Ralf Ogorreck: Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«, Berlin 1996.

⁶⁹ Zu dieser Reise Himmlers vgl. Ogorreck, Einsatzgruppen, S. 176–209; Aly, Endlösung, S. 78.

ren ausschlaggebend. Zum einen die langfristigen Siedlungs- und Umvolkungspläne. Sollten die neubesetzten Gebiete im Osten und insbesondere das Baltikum von Deutschen beherrscht und besiedelt werden, wie es die zahlreichen, beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und anderen Stellen entwickelten Planungen vorsahen, mußte die jüdische Bevölkerung aus diesen Gebieten verschwinden. Andererseits aber waren in der Sowjetunion alle Vorstellungen, wonach die sowjetischen Juden dereinst »in den Osten« zu verbringen seien, spätestens seit dem Zeitpunkt obsolet geworden, an dem ein schneller Sieg gegen die Rote Armee nicht mehr wahrscheinlich war; seit dem Spätsommer 1941 also. »Verschwinden« konnte nun mithin nur noch »sterben« bedeuten. Nachdem zuvor aber bereits Zehntausende von jüdischen Männern umgebracht worden waren, erschien der Schritt, dies nun auch auf die Frauen und Kinder auszudehnen, nicht mehr so groß.

Hinzu trat ein zweites Motiv: Als Arbeitskräfte waren die jüdischen Frauen und Kinder nicht produktiv zu verwenden; schnell machte das Wort von den »nutzlosen Essern« die Runde. Angesichts der erheblichen und sich verschärfenden Nahrungsmittelknappheit in den neueroberten Gebieten, über die sogar die Wehrmachtseinheiten zu klagen begannen, entstand ein zunehmender Druck, die Zahl der Esser weiter zu reduzieren – und damit war erneut jener situative, auf vermeintliches Nützlichkeitsdenken gerichtete Anlaß entstanden, der nahezulegen, ja zu erzwingen schien, die jüdischen Frauen und Männer nicht mehr zu ernähren und statt dessen zu erschießen.⁷⁰

In Kaunas aber kam etwas dazwischen. Am teilzerstörten Flughafen der Stadt waren in einer Barackensiedlung mehrere tausend sowjetische Kriegsgefangene untergebracht. Wie zu dieser Zeit überall in der Sowjetunion, erhielten die Kriegsgefangenen von den deutschen Behörden jedoch keine bzw. ganz unzureichende Verpflegung, so daß viele von ihnen starben. Die Sterberate stieg Anfang September von 50 auf über 300 täglich. Bis Ende des Monats waren nahezu alle dort untergebrachten sowjetischen Soldaten gestorben. Dadurch aber besaßen die deutschen Besatzungsbehörden nun für den wieder aufzubauenden Flughafen keine

Arbeitskräfte mehr. Also intervenierte der zuständige Beamte des mittlerweile eingerichteten deutschen Arbeitsamtes in Kaunas bei seinen für die Juden zuständigen Kollegen in der deutschen Zivilverwaltung mit der Bitte, mit der »Teilräumung« des Judengettos aufzuhören, weil er die Juden statt der sowjetischen Soldaten für die Arbeit am Flughafen benötigte.

Diesem Wunsch wurde entsprochen, und etwa 3000 Juden begannen mit den Aufräumarbeiten am Flughafen von Kaunas. Dennoch blieb die Zivilverwaltung in Übereinstimmung mit der Sicherheitspolizei dabei, daß der Anteil der nicht arbeitsfähigen Juden im Ghetto von Kaunas zu hoch sei und dezimiert werden müsse. Daraufhin wurden die Ghettobewohner nach Arbeitsfähigkeit selektiert. 2000 vorwiegend alte Männer, etwa 3000 Frauen und 5400 Kinder wurden in das 9. Fort gebracht und von den Angehörigen des Einsatzkommandos 3 des 11. Polizeibataillons, also der deutschen Ordnungspolizei, und von litauischen Hilfspolizisten innerhalb von zwei Tagen erschossen.

Von Geheimhaltung war hier keine Rede. Das ganze Geschehen spielte sich vor aller Augen ab, sowohl der Hungertod der sowjetischen Gefangenen wie zunächst die Pogrome, dann die Massenerschießungen der Juden. Verantwortlich waren hierbei zunächst der örtliche Militärkommandant und die Sicherheitspolizei, dann nach Einrichtung der deutschen Zivilverwaltung die deutschen zivilen Behörden. Die Bewachung der Juden war zunächst von Polizeieinheiten übernommen worden, dann von einer zufällig verfügbaren Einheit des NSKK, des Nationalsozialistischen Deutschen Kraftfahrerkorps. Für die Kriegsgefangenen war die Wehrmachtsführung zuständig, in diesem Fall der regionale Befehlshaber für das Kriegsgefangenenwesen. In die Diskussion um das Schicksal der Juden waren alle Dienststellen der Deutschen in Kaunas einbezogen. Ähnlich wie in Kaunas vollzog sich der geschilderte Prozeß in diesen Wochen in allen größeren Städten in Litauen, im Baltikum, in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Der Prozeß der massenhaften Ermordung von Millionen Menschen, das wird um so deutlicher, je genauer und näher man hinsieht, war kein von der allgemeinen Besatzungsverwaltung isoliertes Geschehen, sondern ein Bestandteil der deutschen Besatzungspolitik im Osten.

Um die Massenmorde in Gang zu bringen, hatte es zudem eines besonderen antijüdischen Engagements etwa der beteiligten Ordnungspolizisten gar nicht bedurft. Die individuelle Haltung der Polizisten gegenüber

⁷⁰ Zum Argument der mangelnden Ernährungsmöglichkeiten vgl. die Beiträge von Dieckmann und Gerlach in diesem Band; sowie Aly, Endlösung, S. 165 f.; zur NS-Ernährungspolitik insgesamt jetzt auf breiter Grundlage, allerdings mit einem Schwerpunkt auf der Vorkriegszeit, Gustavo Corni / Horst Gies: Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswissenschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Weinheim 1996.

den Juden war vermutlich nicht einheitlich. Darauf kam es aber gar nicht an. Als entscheidend erwies sich, daß humanitäre, menschliche Gesichtspunkte gegenüber den Juden auch bei jenen Deutschen keine Bedeutung mehr besaßen, die sich gar nicht als scharfe Antisemiten begriffen, vielleicht nicht einmal als Nazis. Denn nun bedeuteten auch Gleichgültigkeit, Abstumpfung und Verrohung mehr als nur die Hinnahme dessen, was andere taten. Und dies reichte oft auch aus, um sich am Morden selbst zu beteiligen. Bei vielen, gewiß, waren Haß und Fanatismus die Antriebsfaktoren. Aber bei anderen fehlten solche Motive offenkundig, jedenfalls am Anfang. Die fatale Schlußfolgerung daraus hat Jan-Philipp Reemtsma so formuliert: »Viele taten es, weil sie es wollten. Die anderen aber wollten es, weil sie es taten.«⁷¹

Der Fall zeigt zudem, daß eine Trennung der verschiedenen Opfergruppen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik etwas durchaus Willkürliches hat. Der Holocaust an den Juden war durch Zielsetzung, Radikalität, Größenordnung und Vorgehensweise einerseits etwas Spezifisches; zum anderen aber stand er in der Durchführung in enger, manchmal nachgerade austauschbarer Beziehung zu den Massenmordaktionen an anderen Gruppen. Das verweist auch darauf, daß eine Annahme, die Motivation bei den einzelnen Protagonisten sei in bezug auf die Opfergruppen immer deutlich absetzbar, zumindest anzweifelbar ist.

Der geschilderte Fall zeigt schließlich auch die Verknüpfung von utilitaristischen und ideologischen Elementen. Zum einen werden verschiedene Varianten des Antisemitismus sichtbar. Ein barbarischer, in gewisser Weise aber noch traditioneller Judenhaß tritt uns bei einem Teil der deutschen Protagonisten entgegen, aber auch bei den Litauern. Deren Perspektive ist im Grunde das Pogrom; gleichwohl sind sie die willigen Vollstrecker auch darüber weit hinausreichender Aktionen, die nicht ihrer Initiative entsprangen.

Auf der anderen Seite ist – vor allem bei den Führern der Sicherheitspolizei und der Einsatzkommandos – der gewissermaßen intellektuelle Antisemitismus aufzufinden. Die Judengegnerschaft ist hier als Erscheinungsform des völkisch-radikalen Weltbilds dieser Kerngruppe des Ge-

nozids zu erkennen. Der Rückbezug des eigenen Handelns auf ein solches Weltbild sicherte nicht nur gegenüber intervenierenden Stellen ab, sondern diente als Enthemmungs- und Entlastungsdiskurs auch der eigenen Rechtfertigung, indem das eigene Tun als notwendiges Mittel zu einem höheren Ziel erklärt wurde und so die anerzogenen humanitären Prinzipien außer Kraft setzte.

Und schließlich können wir auch jenes verbreitete Desinteresse bei einem nicht genau zu bezeichnenden, aber offenkundig erheblichen Teil der Deutschen insbesondere in den zivilen und militärischen Behörden erkennen, der die Maßnahmen gegenüber den Juden nicht selbst forcierte oder wünschte, aber auch keinerlei moralische Substanz mehr verfügte, die es ihm erlaubte, sich darüber zu empören. Diese vermutlich größte Gruppe unter den Deutschen in den besetzten Gebieten des Ostens war schließlich sogar bereit, selbst den Judenmord zu akzeptieren, als dieser nicht mit Judenhaß, sondern situativ mit unumgänglichen Sachzwängen begründet und als im Grunde nebensächliche Begleiterscheinung eines größeren, bedeutenden Vorhabens postuliert wurde, gegen das etwas einzuwenden auch von jenen als unpatriotisch angesehen wurde, die mit den Nationalsozialisten ansonsten nicht viel im Sinne hatten – die deutsche Sendung und Siedlung im Osten etwa, der Sieg über den Bolschewismus oder ganz allgemein: der Sieg.

Dies verweist bereits auf die Bedeutung der utilitaristischen Motive, die im Verlaufe des geschilderten Prozesses auftauchen. Zum einen die Sicherheitsaspekte – die Ermordung der jüdischen Männer als Mittel zur Befriedung des Hinterlands. Allerdings beruht die Bereitschaft, die Ermordung von Tausenden jüdischen Männern als Sicherheitsmaßnahme anzusehen, bereits auf der Voraussetzung, den Widerstand gegen Deutschland und den Bolschewismus als ganzen im wesentlichen als Werk der Juden anzusehen. Insofern erweist sich der Rekurs auf das Sicherheitsproblem bereits als spezifischer Ausdruck einer antisemitischen Grundhaltung, welcher die sachbezogene Argumentation – Sicherheit – situativ entspringt. Gleichwohl ist dies offenbar notwendig, denn es suggeriert die empirische Bestätigung des antisemitischen Vorurteils. Indem die Juden als putative Saboteure ermordet werden, wird die Vorausannahme, daß es sich um Feinde Deutschlands handelt, bestätigt – denn sonst würden sie ja nicht so hart bestraft: Durch die Tat wird das Vorurteil zur Tatsache.

Auf der anderen Seite steht die vor allem von der Wehrmacht vorge-

⁷¹ Jan-Philipp Reemtsma: Individuelle und kollektive Tötungsbereitschaft, Vortrag bei der Konferenz »Neuere Tendenzen der Holocaustforschung«, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, 20. 3. 1997.

brachte Argumentation mit der Lebensmittelknappheit – da nicht genug Lebensmittel für alle vorhanden seien, werden die als nicht arbeitsfähig angesehenen Frauen und Kinder umgebracht. Die Forderung nach der Reduktion der Zahl der Esser allerdings sucht sich mit zielstrebigem Bestimmtheit eine spezifische Gruppe aus – und zwar eben jene, deren Lebensrecht durch die Traditionen und Eruptionen des Antisemitismus nur noch bedingt und jedenfalls in geringerem Maße anerkannt wird als das anderer Gruppen. Die Lebensmittelknappheit verweist auf die Verminderung der Zahl gerade jener, die in der ideologischen Hierarchie unten stehen, die Juden. Damit aber steht die Ermordung von Juden als Problemlösungsstrategie auch für andere Notfälle zur Verfügung; und dadurch wiederum gewinnt die Vorstellung von der Ermordung immer größerer Gruppen von Juden eine sich allmählich vom utilitaristischen Einzelfall ablösende Bedeutung.

Zudem, das sei betont, sind diese Begründungen sehr wandelbar. Der restriktiven Ernährungspolitik fiel auch ein großer Teil der in deutsche Hand gefallenen sowjetischen Kriegsgefangenen zum Opfer – legitimiert durch die Behauptung, für solche Menschenmassen seien ausreichende Lebensmittel einfach nicht vorhanden. Tatsächlich aber steht der Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen in direkter Beziehung zur Politik der Aushungerung, die bereits vor Kriegsbeginn als Grundlage der deutschen Strategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung ausgearbeitet und nun sukzessive umgesetzt wurde.⁷²

Das dritte Beispiel: In den ersten Tagen des Oktobers 1941 beschloß die Zivilverwaltung des Distrikts *Galizien*, wie schon in Lemberg und anderen Städten und Kreisen nun auch in dem kleinen Grenzort Stanislaw die dort lebenden Juden in einem eigenen Wohnbezirk, einem Ghetto zusammenzufassen. Dieses sollte allerdings erheblich weniger Menschen aufnehmen, als es Juden in Stanislaw gab. Der Höhere SS- und Polizeiführer Katzmann und der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Tanzmann, beauftragten daher den Leiter des Grenzpolizeikommandos Stanislaw, Krüger, damit, die Zahl der Juden von Stanislaw zu verringern. Am Sonntag, dem 12. Oktober, einem jüdischen Feiertag, sollte diese

⁷² Vgl. die Beiträge von Gerlach und Dieckmann in diesem Band sowie etwa Rolf-Dieter Müller: Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983; vgl. auch die in Anm. 33 genannte Literatur zum »Generalplan Ost«.

Dezimierung stattfinden. Noch am selben Tag mußte der Judenrat Stadtpläne besorgen, nach denen die Räumung geplant wurde. Die deutsche Schutzpolizei ließ nun von der ihr unterstehenden ukrainischen Hilfspolizei auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs, der etwas außerhalb Stanislaw lag, zwei große Gräben ausheben. Am Morgen des 12. Oktober traten die 1. und 2. Kompanie des Polizeibataillons 133 zum Appell an und wurden für die »Judenaktion« eingewiesen. Es wurden mehrere Sammelpunkte in der Stadt eingerichtet, von wo aus die festgenommenen Juden in Kolonnen zu je 250 zum jüdischen Friedhof gebracht wurden.

Gegen 10–11 Uhr vormittags begann die Erschießung. Die Opfer wurden durch ein großes Tor auf das Friedhofsgelände getrieben. Dort mußten sie sich neben dem Tor auf den Boden setzen, wo sie von einem MG-Posten bewacht wurden. Kleine Gruppen der Opfer trieb man dann an eine der großen Gruben, wo die Schützen nebeneinanderstanden. Die Juden mußten auf dem Weg zur Exekution an ausgebreiteten Decken vorbei, wo sie ihre Wertsachen und Pelze abzulegen hatten. Sie mußten dann in fünf Gruppen an den Rand der Gruben treten und wurden dort erschossen; Kleinkinder in den Armen der Erwachsenen.

Als die Erschießungen begannen, brach unter den wartenden Juden eine Panik aus. Zu Hunderten drängten sie zum Friedhofstor, einige wurden dabei zu Tode getrampelt. Polizisten und Helfer, darunter wohl auch Zuschauer, drängten die Juden zurück in das Friedhofsgelände. An den beiden Gruben waren jeweils 15 bis 20 Schützen eingesetzt, Sicherheitspolizisten und Angehörige des Polizeibataillons. Es gibt Indizien dafür, daß wegen der Personalknappheit auch Bahnpolizei eingesetzt wurde, vermutlich auch als Mordschützen. Am Friedhof hatten sich zahlreiche Schaulustige versammelt, besonders Angehörige der Wehrmacht, Eisenbahner und Polizisten, die das gesamte Geschehen verfolgten und zahlreiche Fotografien machten.

Die Zahl der Opfer läßt sich heute nicht mehr exakt klären. Vermutlich mußten etwa 20 000 Personen, also zwei Drittel der jüdischen Gemeinde, den Weg zum Exekutionsgelände antreten. Nach Feststellungen des Judenrats nach dem Massenmord waren etwa 10 000 bis 12 000 Menschen umgebracht worden, bis die einbrechende Dunkelheit die Polizeieinheiten zum Abbruch der »Aktion« zwang.

Während der Einsatzleiter Krüger noch am selben Abend mit Angehörigen seiner Dienststelle eine »Siegesfeier« abhielt, suchte ein Kommando

des Polizeibataillons am nächsten Tag das Friedhofsgelände nach Verletzten ab und erschoss diese. An das RSHA in Berlin schickte Krüger einen mit Fotos versehenen Abschlußbericht über die »Aktion«. Das Massaker war wochenlang das beherrschende Gesprächsthema in Stanislaw und Umgebung. Zahlreiche Schaulustige kamen am Friedhof vorbei, um die letzten Spuren zu besichtigen; die Toten waren nur ganz notdürftig begraben worden. Vermutlich wurde auch Generalgouverneur Frank informiert, der zehn Tage danach Stanislaw einen Besuch abstattete.

Dieser Bericht über den Blutsonntag von Stanislaw am 12. Oktober 1941 findet sich in den Studien von Thomas Sandkühler und Dieter Pohl über die »Endlösung« in Galizien.⁷³ Er beschreibt den Alltag des Judenmords. Allein in Galizien gab es viele solcher Massaker, bevor die deutschen Behörden seit dem Frühjahr 1942 dazu übergingen, die Mehrzahl der Juden in der Vernichtungsstation Belzec umbringen zu lassen. Der Bericht ist in mehrerer Hinsicht symptomatisch. Er zeigt zum einen, wie öffentlich dies alles stattfand, wie viele Unbeteiligte dabei zusahen oder anschließend zum Ort des Geschehens kamen. Es gibt zahlreiche Zeugenaussagen über das Massaker. Hier wie in den meisten anderen Fällen wurden zahlreiche Fotos gemacht; in einigen Nachkriegsverfahren wurde sogar von Schmalfilmen berichtet, die von Angehörigen der Zivilverwaltung gedreht wurden und zu Hause in Deutschland vorgeführt worden sind.

Vor allem aber wird deutlich, daß auch die Zahl derjenigen, die direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Mordpolitik beteiligt waren, weit, *sehr* weit über den Kreis derer hinausgeht, die die Gewehre hielten oder die Gaskammern schlossen. Im Gegensatz zu den Verhältnissen im »Reich« war der Massenmord an den Juden in den besetzten Gebieten des Ostens durchaus kein Geheimnis. Zu viele Beamte der deutschen Besatzungsverwaltungen, Beauftragte von Parteien und Behörden, Angehörige von Polizei- und Wehrmachtseinheiten, Mitarbeiter von Wirtschaftsstäben und Industrieunternehmen, von Dienststellen wie Reichsbahn und Arbeitsverwaltung waren damit befaßt oder direkt an dem Prozeß der Deportation, Aussonderung, Ghettoisierung, Zwangsarbeit, schließlich dem Mordgeschehen selbst beteiligt. Von hier aus verbreitete sich das Wissen oder doch die Ahnung von den Massenmorden schnell.

Wer einmal gelesen hat, in welcher geradezu unglaublicher Weise zwi-

schen den verschiedenen deutschen Dienststellen und Unternehmensvertretern hier um 1000, da um 200, dort um 3000 Juden verhandelt wurde, alles auf dem Hintergrund, daß die nicht Arbeitsfähigen sofort, die andern wohl nicht viel später umgebracht würden, dem werden Vorstellungen wie die eines geheimen Mordplans geradezu zynisch vorkommen.

Was die Zahl der an dem Mordgeschehen Beteiligten angeht, so ist die verbreitete Vorstellung von dem Massenmord als einem quasi anonymen Vorgang, als einem »fabrikmäßigen Töten«, irreführend. Die Zahl derjenigen Juden, die in einem der großen Tötungszentren durch Gas erstickt wurde, hat etwa 60 % der sechs Millionen ermordeten Juden ausgemacht. Und selbst dort, in Auschwitz, Treblinka, Majdanek, hatte es der Tätigkeit sehr zahlreicher Beamter, Parteibeauftragter, Militärs, Polizisten bedurft, um die Juden zu erfassen, zu konzentrieren, zu deportieren, sie zur Zwangsarbeit zu schicken, sie zu ernähren, sie dann in eine der Vernichtungsanstalten zu bringen und sie schließlich zu ermorden. Die Vorstellung vom »sauberen« Tod durch Gas ist für weite Bereiche des Genozids nicht zutreffend. Der Holocaust war vielmehr zu einem ganz erheblichen Teil eine Menschenvernichtung in sehr traditionellen, nachgerade archaischen Formen mit einer entsprechend hohen Zahl von Direkttätern. Die Vorstellung, es habe sich hierbei um einen »industriellen«, gewissermaßen modernen Genozid gehandelt, der die Täter-Opferstruktur des Massakers zugunsten anonymen Relationen auflöst, ist als Versuch erkennbar, den Massenmord auf diese Weise als ein tatenloses, geradezu metaphysisches Massensterben anonymen Opfer wahrnehmen zu können.

Der Bericht über das Massaker in Stanislaw ist aber auch aufschlußreich in bezug auf die Radikalisierung der antijüdischen Politik im Herbst 1941. Im September dieses Jahres war die weitere Entwicklung der »Judenpolitik« im »Generalgouvernement« ganz ungeklärt. Die Administration des »Generalgouverneurs« Hans Frank in Krakau berief sich auf entsprechende Zusagen Hitlers, wonach die polnischen Juden und die dorthin Deportierten nicht auf Dauer dort bleiben, sondern in absehbarer Zeit »nach dem Osten« abgeschoben werden sollten. Schon um die Dringlichkeit dieser Abschiebungen stets vor Augen zu halten, war es für Frank geboten, dafür zu sorgen, daß der Aufenthalt der Juden im GG vorübergehend sei, und alles unterlassen werde, was seine Verstetigung mit

⁷³ Pohl, Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 144 ff.; Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 150 ff.

sich bringen würde. Die Administration des GG war daher bemüht, die Lebensverhältnisse der Juden möglichst ostentativ als »unhaltbar« vorzuführen. Die Bildung von neuen Ghettos war aus dem gleichen Grund untersagt worden; sie hatten sich zudem für die Deutschen als sehr problematische Einrichtungen erwiesen. Denn sollten sich die Ghettos finanziell selbst tragen, müßte eine entsprechende Infrastruktur zur Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen aufgebaut werden. Das aber hätte umfängliche Investitionen bedeutet, die sich nur auf lange Sicht amortisiert hätten – das aber hätte der Maxime des »vorübergehenden Aufenthalts« der Juden im Generalgouvernement widersprochen.⁷⁴

Die lokalen Zivilverwaltungen aber drängten dennoch auf die Einrichtung abgeschlossener Judenwohnbezirke: Angesichts der nahen ungarischen Grenze stellten in ihren Augen die Juden ein Sicherheitsrisiko dar. Daraufhin wurde vereinbart – vermutlich ausgehend von dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, Schöngarth, dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Lemberg, Tanzmann, sowie dem SS- und Polizeiführer Galizien, Katzmann – in den südlichen Bezirken Galiziens kleinere Ghettos, deren Erstellung wenig Aufwand erforderte, einzurichten.⁷⁵ Da dort aber viel mehr Juden lebten, als Platz in den Ghettos vorhanden war, sollten die überzähligen Juden ermordet werden.

Es gibt Hinweise darauf, daß sich im Verlaufe des Oktobers 1941 zwischen Hitler, Himmler und Heydrich Einverständnis darüber herstellte, die Judenfrage zumindest in Osteuropa nun statt durch Deportationen durch Massenmord zu »lösen« – ohne daß sicher zu bestimmen wäre, in welchen Größenordnungen und Zeiträumen hierbei gedacht wurde.⁷⁶ Hätte es jedoch zu dieser Zeit bereits einen allgemeinen »Endlösungs«-Befehl gegeben, wäre die Prozedur der Ghettobildung und der Ermordung derjenigen Juden, für die kein Platz mehr war, die sich bis in die späten Dezemberstage 1941 hin erstreckten, nicht verständlich. Es bedurfte offenbar nach wie vor legitimierender Anlässe, um die Massenmorde zu begründen. Deutlich wird hierbei der wechselseitige Bezug zwischen der Berliner Zentrale und den Regionen: Die Berliner Stellen reagierten auf die

74 Vgl. Ulrich Herbert: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der »Weltanschauung« im Nationalsozialismus, in: Ders. (Hg.): Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 384–426; Aly, Endlösung, S. 317–357.

75 Pohl, Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 154 ff.; Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 155 ff.

76 Vgl. Aly, Endlösung, S. 358 ff.

von überallher kommenden Berichte über die »unhaltbaren Zustände« und die dringlichen Anfragen, was nun mit den Juden zu geschehen habe, mit steten Anordnungen oder nachträglicher Sanktionierung immer radikalerer Maßnahmen, was wiederum in den Regionen vorausgreifendes Handeln beschleunigte.

Sah sich die Berliner Führung einerseits von der regionalen Besatzungsverwaltung und vor allem von der Sicherheitspolizei stets gedrängt, die Juden aus den einzelnen Gebieten »zu entfernen«, fehlte auf der anderen Seite ein Widerlager auf deutscher Seite. Hatte etwa die Wehrmacht im Herbst 1939 noch heftige Kritik an dem Vorgehen der Einsatzgruppen geübt, fehlte eine solche Gegenwehr seit dem Krieg gegen die Sowjetunion nahezu völlig. Auch die indigene Bevölkerung in den besetzten Gebieten übte keinen Widerstand gegen die immer weiter ausgreifenden Mordaktionen an den Juden. Ludolf Herbst hat diesen Vorgang mit dem Begriff des »Entkoppelungsprozesses« bezeichnet: »Eine Führung, die die Vernichtung in Betracht zog, ohne die Vernichtung befohlen zu haben, konnte zur Vernichtung fortschreiten, weil sie auf keine relevante Gegenwehr mehr stieß.«⁷⁷

Die Begründungen für den Massenmord standen jeweils im Zusammenhang mit Gefahren oder Bedrohungen, die durch die »Liquidierung« der Juden vermeintlich abgewendet werden könnten: die »Säuberung des Hinterlandes« der Ostfront etwa oder die »Aushebung von Partisanenestern«, die Beseitigung von Schwarzhandel oder von Krankheiten, die Bestrafung von Sabotagemaßnahmen, von Attentaten auf deutsche Soldaten oder eben die Ausrottung des Bolschewismus. Der Antisemitismus fand seinen spezifischen Ausdruck darin, daß die Verfolgung, die Unterdrückung, die Ermordung der Juden mit jeweils utilitaristischen Zielsetzungen begründet wurde – und daß die Protagonisten diesen Zusammenhang für überzeugend hielten: die Juden als Träger des Bolschewismus, als Verbreiter von Krankheiten, als Spione, als Partisanen. Oder es hieß: Für die Juden sei kein Wohnraum mehr da; sie müßten daher dezimiert werden. Oder: die weitere Ernährung der arbeitsunfähigen Juden gefährde die Versorgung der Truppe. Auf diese Weise wurde der Genozid mit politischen, militärischen, polizeilichen, bevölkerungs-, gesundheits- oder ernährungspolitischen Zielen verknüpft, die schon aus patriotischen Moti-

77 Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a. M. 1996, S. 378 f.

ven Unterstützung auch bei solchen fanden, die den Nationalsozialisten innerlich fernzustehen glaubten.

Gleichwohl funktionierte dieser Prozeß nicht automatisch. Vielmehr war der Ausgang dieses Verfahrens, durch die Schaffung immer neuer »Sachzwänge« immer radikalere Lösungen und schließlich den Massenmord nahezulegen, für die Protagonisten wie Schöngarth, Tanzmann oder Globocnik ja durchsichtig. Zudem wäre es abwegig, hierbei von einer ausschließlichen Konzentration der Protagonisten auf die ihnen jeweils zugewiesenen Machtbereiche auszugehen. Die Kenntnisse von den Vorgängen an den Fronten wie von denen in anderen besetzten Gebieten waren insbesondere bei den überdurchschnittlich gut informierten Führungsebenen der Wehrmacht und der Sicherheitspolizei offenbar viel größer und genauer als gemeinhin angenommen. Berichte über Massenerschießungen sprachen sich in den einzelnen Besatzungsregionen und, nicht zuletzt vermittelt durch die Urlauber und die Versetzten, auch darüber hinaus wie ein Lauffeuer herum. Insofern muß man davon ausgehen, daß, wer im Herbst 1941 im Westen oder im Osten Europas die Deportation von Juden forderte, von den allenthalben kursierenden Berichten über die Massenerschießungsaktionen der Einsatzgruppen in der Sowjetunion Kenntnis hatte, und die Deportationsforderung also nicht als bloße »Notlösung« aus einer vermeintlich schwierigen Situation heraus verstanden werden kann. Es wird deutlich, daß die regionalen Machthaber ihr Vorgehen gegen die Juden zwar als Ausdruck von Sachzwängen und »unhaltbaren Zuständen«, als Folge sachorientierter Entscheidungen darzustellen versuchten, tatsächlich aber über die Vorgänge in anderen Regionen gut unterrichtet waren und somit wußten, daß ihre Vorschläge oder Entscheidungen in diesem Kontext mehr bedeuteten als das, wofür sie sich ausgaben.

Die Schübe zur Verschärfung der Situation, zur Radikalisierung der antijüdischen Politik entsprangen keinen selbsttätigen Entwicklungen, sondern waren willentlich initiiert. Die »nützlichkeitsbezogenen« Begründungen für scharfe, radikale Maßnahmen gegen die Juden erweisen sich insofern weder als »rationale« Begründungen, denen der Antisemitismus nur aufgesetzt war, noch als bloße Verhüllungen des vermeintlich Eigentlichen, nämlich des Judenhasses. Sie erweisen sich vielmehr als praktische Anwendung, als situativer Ausdruck einer antisemitischen Grundhaltung.

Die rassistische Denkhaltung, in specie: der Antisemitismus, wirkt in die-

sem Prozeß vorbereitend und definierend. Sie hierarchisiert Wertigkeit und Lebensrecht einzelner Gruppen und drängt moralische, aus der Tradition des Humanismus oder des Christentums stammende Vorbehalte gegenüber auch denkbar brutalen Problemlösungen zurück, selbst wenn diese die Form der Vernichtung annehmen. Dies setzt allerdings eine zunächst nur situativ auftretende aktuelle, dringliche Problematik voraus, deren Lösung zur Erreichung einer höherwertigen Zielsetzung als unabdingbar angesehen wird. So klammert sich der radikale Antisemitismus an je spezifische, situative Realbezüge, die – anfangs durchweg im Gewand der Ausnahmesituation, der Notmaßnahme – den Einsatz denkbar radikaler Maßnahmen fordern, gegenüber der alle Rücksichtnahmen zurückzustehen haben; auch und insbesondere die Rücksicht auf das Leben solcher Gruppen, deren Lebensrecht zuvor bereits herabgestuft wurde. Zugleich aber wirken diese situativen Nützlichkeitsbezüge auch als gewissermaßen empirischer Beleg für die vorauslaufende ideologische Grundannahme. Schon daß die Mannigfaltigkeit und Unterschiedlichkeit dieser situativen Bezüge in den einzelnen Regionen gleichwohl unabhängig voneinander immer zum gleichen Ergebnis geführt hat, nämlich die Ermordung der Juden, verweist mit Macht auf diesen Zusammenhang. Die naheliegende Schlußfolgerung daraus jedoch bestand in dem Bestreben, die Politik gegenüber den Juden seit etwa dem Jahreswechsel 1941/42 von diesen unmittelbaren situativen und utilitaristischen Bezügen zu befreien, nachdem man schon aus der schieren Zahl der unterschiedlichen Anlässe die Notwendigkeit der »Endlösung der Judenfrage« zwingend ableiten zu können meinte.

In diesem Zusammenhang ist es auch möglich, die Bedeutung der »Wannsee«-Konferenz genauer zu bestimmen.⁷⁸ Angesichts der zahlreichen Beschwerden und Anfragen aus den besetzten Gebieten – des Westens wie des Ostens – im Herbst 1941 ist das auf der (ursprünglich für Anfang Dezember 1941 vorgesehenen) Konferenz vorgestellte Konzept Heydrichs als Vorschlag zur Vereinheitlichung der vielfältigen Entwicklungen der antijüdischen Politik auf erweiterter, nämlich die Juden aller europäischen Länder einbeziehender Grundlage zu verstehen. Ange-

⁷⁸ Vgl. Kurt Pätzold: Die Wannsee-Konferenz – zu ihrem Platz in der Geschichte der Judenvernichtung, in: Werner Röhr (Hg.): Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer, Berlin 1992, S. 257–290; Kurt Pätzold / Erika Schwarz: Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992; Götz Aly / Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991.

sichts der skizzierten Vorgeschichte sind Überlegungen, wonach sich Heydrich hierbei gegen Kompetenzansprüche anderer Ressorts als »Judenkommissar für ganz Europa« habe durchsetzen wollen, weniger einleuchtend.⁷⁹ Vielmehr ergibt sich aus der Vielzahl der aus den neueren Arbeiten über die Judenpolitik in den einzelnen Regionen gewonnenen Einsichten eher der Eindruck, als sei in den besetzten Gebieten, so etwa im Generalgouvernement, ebenso wie bei den beteiligten Ministerien und Institutionen Heydrichs Angebot, die Lösung des allenthalben unbeliebten »Judenproblems« nun allein zu übernehmen, erleichtert aufgenommen worden, da nun gesichert schien, daß das Ziel vor allem der regionalen Machthaber, »ihre« Territorien »judenfrei« zu machen, bald erreicht würde, ohne daß man selbst hierbei würde aktiv werden müssen.⁸⁰ Zudem knüpfte Heydrichs Vorschlag, die Juden »straßenbauend in den Osten« zu führen, an bereits bestehende Praktiken in Galizien an.⁸¹ Der »Arbeitseinsatz« der Juden wurde von nun an zum dominierenden »Nützlichkeitsbezug« der Politik der »Endlösung«.

Christian Gerlach hat nun kürzlich dargelegt, daß der Umschlag von der bis dahin betriebenen Politik der sukzessiven Massenmordaktionen, die jeweils aus den einzelnen Situationen heraus begründet und legitimiert wurden, zur »Endlösung der Judenfrage«, also der Ermordung aller Juden Europas unabhängig von den je spezifischen Bedingungen, auf eine Rede Hitlers zurückzuführen ist, die dieser am 12. 12. 1941 in Berlin vor der Führung der NSDAP gehalten hat.⁸² Gerlach bewertet diese Rede, deren Text nicht erhalten ist, auf der Grundlage der Aufzeichnungen mehrerer NS-Führer als »Grundsatzentscheidung« Hitlers. Er habe damit auf den Kriegseintritt der USA reagiert, der seine bekannte »Ankündigung« vom Januar 1939 bestätigt habe, wonach eine Ausweitung des europäischen Krieges zu einem Weltkrieg auf das Betreiben des Judentums zurückzuführen sein und als Antwort die Vernichtung der jüdischen Rasse zur Folge haben werde. Nun scheint aufgrund der Kenntnis der Gepflogen-

79 Eberhard Jäckel: »Die Konferenz am Wannsee. Wo Heydrich seine Ermächtigung bekanntgab – Der Holocaust war längst im Gange«, in: Die Zeit Nr. 4, 17. Januar 1992, S. 33.

80 Vgl. den Beitrag von Sandkühler in diesem Band.

81 Insbesondere bezieht sich das auf den Bau der »Durchgangsstraße IV« (DG IV); vgl. Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 154–165; Pohl, Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 165–174, 338–344.

82 Christian Gerlach: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: WerkstattGeschichte, 6. Jg. 1997, H. 18, S. 7–44.

heit Hitlers, bei derartigen Auftritten nicht explizit zu befehlen, sondern radikale Schritte allgemein nahelegen oder als »unausweichlich« zu bezeichnen, nicht ganz so sicher, ob Hitler hier tatsächlich einen »Befehl« zur »Endlösung der Judenfrage« gegeben oder jedenfalls eine explizite Entscheidung getroffen hat. Ganz offenbar aber hat diese Rede bei der Führung der Sicherheitspolizei und den regionalen Machthabern in den besetzten Gebieten in dieser Weise gewirkt. Waren bis dahin Vernichtungsaktionen regional begrenzt und jeweils auf konkrete Ziele bezogen – Bekämpfung des Bolschewismus, Beseitigung des Schwarzhandels, Beschaffung von Wohnraum, Beseitigung der »nutzlosen Esser« etc. –, so entfielen solche Begründungszwänge und Legitimationen nunmehr. Jenseits der Einzelmotive und regionalen Begrenzungen trat nun die Ermordung der Juden, die »Endlösung der Judenfrage« als Gesamtprojekt hervor.

IV.

Insgesamt offenbaren die vorliegenden Untersuchungen also eher eine Vielzahl von Faktoren bei der Inangangsetzung des Völkermords. Auf der einen Seite ein sich radikalisierender Prozeß der Brutalisierung bei der Durchsetzung kontinentalimperialistischer Expansionsziele, insbesondere der »Umvolkung« Mittel- und Osteuropas und der Aushungerung eines Teils der indigenen Bevölkerungen. Auf der anderen Seite, damit direkt verbunden, vielfältige Formen individueller und ideologischer Motive. Hier spielten Opportunismus eine Rolle und ein verbreiteter Mangel an positiven, wertbesetzten Normen; Fatalismus und Obrigkeitshörigkeit, Sadismus und vollständige Abstumpfung. Es ist jedoch unübersehbar, daß es sich bei vielen der Protagonisten, wenn auch nicht bei allen, um Antisemiten handelte, wenngleich sich hinter diesem Begriff offenbar sehr unterschiedliche Einstellungen verbergen konnten, denen auch innerhalb des Geschehens selbst verschiedene Funktionen beikamen. Bei einem nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung, vor allem jenem, der vor 1933 politisch rechts gestanden hatte, ist wohl in der Tat von einem manifesten Antisemitismus auszugehen, ohne daß dies jedoch die politische Orientierung allein oder nur vorrangig geprägt hatte. Das ist etwas anderes als eine seit jeher auf »Elimination« der Juden gerichtete Überzeugung. Die allmähliche Inangangsetzung der syste-

matischen Vernichtungspolitik ist aus der wie immer zu beschreibenden Verbreitung antijüdischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung heraus nicht unmittelbar zu erklären. Vielmehr bestand eine der Voraussetzungen für die Inangsetzung der Mordpolitik eher darin, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung am Schicksal der Juden außerordentlich desinteressiert war. Das ergibt nicht das Bild einer Gesellschaft, die nach einer Vertreibung oder Eliminierung, in welchem Wortsinn auch immer, der Juden geradezu lechzte. Aber es verweist auf ein gravierendes, durch die Jahre der Diktatur scharf ausgeprägtes Defizit an einer an Menschenrechten und Minderheitenschutz orientierten moralischen Substanz in der deutschen Gesellschaft, das sich im Verlaufe der Jahre unter der Diktatur immer weiter ausdehnte und zu einer tiefgreifenden moralischen Verrohung in Deutschland führte – eine Verrohung, die die deutschen Eliten ebenso kennzeichnete wie Angestellte und Arbeiter, die Wehrmacht ebenso wie die Kirchen, und deren Auswirkungen wir sogar in den Verschwörerzirkeln des konservativen und militärischen Widerstands entdecken, für die noch 1943 die Judenfrage ein nachrangiges Thema war.⁸³

Es erwies sich hierbei als entscheidend, daß die auf Handlung drängenden Gruppen der Antisemiten in einem politischen Feld wirkten, dem die Mehrheit der Bevölkerung keine große Bedeutung beimaß. Sowohl im Volke als auch in vielen Ministerien treffen wir durchgehend auf eine Haltung, die angesichts der Größe und Bedeutung der politischen Entwicklungen seit 1933 und mehr noch seit 1939 die Behandlung der Juden als nachrangige Frage ansah, die man getrost den »Nazis« überlassen könne. Nach Kriegsbeginn erwies sich dann die häufig anzutreffende Vorstellung als besonders bedeutsam, wonach die Judenverfolgung ein durch die Ausnahmesituation des Krieges legitimierter und unvermeidlicher Ausdruck der Politik des Krieges und der Eroberung insgesamt sei. Sich dem entgegenzustemmen, hätte aber nicht Indifferenz und Zurückhaltung, sondern explizite, wertbezogene Ablehnung verlangt. Aber dazu waren eben nurmehr wenige imstande, zumal wenn es gegen die Juden ging.

Die Schlußfolgerung aus dieser Einsicht aber lautet, daß es womöglich zur Hinnahme oder gar Akzeptanz der sich anbahnenden nationalsozialistischen Vernichtungspolitik eines so weitgreifenden ideologischen Fa-

natismus, einer Massenhysterie, eines »nationalen Projekts« gar nicht bedurfte. Das verbreitete Desinteresse, der ausgeprägte Mangel an einem Wertekanon, in welchem der Schutz von Minderheiten als zentrale ethische Norm einer zivilisierten Gesellschaft angesehen wurde, Gleichgültigkeit, Abstumpfung und Verdrängung erwiesen sich hierbei vielmehr als völlig ausreichend. In gewisser Weise ist dieser Befund der eskalierenden Gleichgültigkeit als Kennzeichen des Verhältnisses der deutschen Gesellschaft zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik viel alarmierender, als wenn wir eine durch und durch antisemitische, haßerfüllte Bevölkerung erkennen könnten, für die die Politik gegenüber den Juden im Mittelpunkt ihrer Erwartungen und Forderungen stand. Denn die Einhegung der Voraussetzungen für den Genozid auf den deutschen Sonderfall, auf die historische Einmaligkeit der deutschen Wahnvorstellungen gegenüber den Juden hat ja auch etwas Beruhigendes; erscheint doch auf diese Weise Völkermord in Zukunft ausgeschlossen, solange nur sichergestellt ist, daß dieser deutsche Wahn entweder unterdrückt wird oder, wie jüngst postuliert wurde, in den Nachkriegsjahren ganz verschwunden ist.

Wenn aber nicht so sehr ein aktives, ideologisch motiviertes, fanatisches Verhalten, ein kollektiver Mordwille die Haltung der deutschen Gesellschaft in ihrer Breite prägten, sondern Gleichgültigkeit, Desinteresse und ein eklatantes Defizit an moralisch fundierten Normen, dann verweist der Völkermord eben nicht nur auf jene historisch einmalige Situation und jene spezifische deutsche Gesellschaft der 30er und 40er Jahre, sondern wird auf eine beklemmende Weise aktuell und brisant – nicht nur, aber eben vor allem hier in Deutschland.

Diese Zusammenhänge aber werden uns jenseits aller tagesaktuellen Debatten und Aufgeregtheiten noch lange Zeit beschäftigen. Nur die Unbegreiflichkeit des Geschehens zu konstatieren, führt aber hierbei ebenso ins Leere wie der Zugriff auf monokausale und scheinradikale Erklärungen, denen ein wie immer zu bezeichnender kathartischer Effekt im Publikum zugeschrieben wird.

Auch und gerade Publikationen über die Geschichte des »Holocaust« werden sich daher nicht an der darin vertretenen Haltung, am Grad der Einfühlung oder der Empörung messen lassen müssen, sondern allein an ihrer Qualität, an der Breite ihrer Literatur- und Quellenverarbeitung, an der Schärfe ihrer Analyse und der Überzeugungskraft ihrer Urteile – also an professionellen und überprüfbaren Gesichtspunkten. Nun ist dies

⁸³ Vgl. Christoph Dipper: Der deutsche Widerstand und die Juden, in: GG 9 (1983), S. 349–380.

gewiß bei keinem Gegenstand schwieriger als bei diesem, der ja auch nach 50 Jahren seinen Schrecken und seine Schmerzhaftigkeit nicht eingebüßt hat und in dem Maße, wie der Blick genauer wird, uns um so unbegreiflicher erscheinen mag. Ohne die mühsame historische Auseinandersetzung mit den Geschehnissen selbst jedoch, ohne die spezifisch historische Aufklärung ist die gesamtgesellschaftliche Verdrängung des Holocaust unausweichlich.

Die Ergebnisse der historischen Erforschung der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik aber haben einen so komplizierten, in bezug auf die Täter zudem so vielschichtigen, von Konkurrenz, Ambitionen und Interesse, Trivialität, Mordgier und biedermeierlicher Scheinmoral ebenso wie von politischen Utopien und als wissenschaftlich angesehenen Welterklärungssystemen gekennzeichneten Prozeß zutage gebracht, daß dieses außerordentlich vielfältige Bild als symbolstarke und bindungskräftige Metapher für die politische Bildung nicht taugen will und gewissermaßen auch nicht identifikationsfähig ist. Die aufklärerische Herausforderung der Geschichte des Holocaust liegt vielmehr gerade darin, daß er sich nicht durch knappe Formeln und einfache, besetzbare Begriffe oder Theorien erklären läßt.

Und da es keine Theorie des Holocaust gibt, keine erlösende Kurzformel, ist es im Grunde immer nur wieder die Auseinandersetzung mit dem Geschehen selbst, die das Bedürfnis nach Aufklärung stillen kann.